

# KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ 2021

## KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ 2021

### Vorbemerkung

Es fällt mir einigermaßen schwer, an dem Ritus festzuhalten, die E-Mails vom letzten Jahr an dieser Stelle ‚abzudrucken‘, *nachdem* der ‚Ernstfall‘ eingetreten ist und die Warnungen der kommunistischen Cassandra vor Putins Weltherrschaftsambitionen durch das Wüten der russischen Armee in (,der‘) Ukraine, auf derart brutale Weise – selbst nach der ‚Syrischen Katastrophe‘ – noch weit in den Schatten gestellt wurden. Was von Putin zur Vermeidung eines zweiten Aleppo als ‚chirurgischer Eingriff‘ mit der ‚friedlichen‘ Einnahme Kiews hatte gekrönt werden sollen, entpuppte sich für den Vergewaltiger der schönen Ukraina, der, so ist es unter Leuten seines Schlags Brauch, danach von der Vergewaltigten auch noch geliebt werden will, als militärischer Fehlschlag. Anstatt die Scharte der 2014 auf dem Kiewer Maidan erlittenen *politischen* Niederlage *politisch* auszuwetzen, sieht sich das Putin-Regime nun wider Erwarten mit einem vom ‚Westen‘ solidarisch unterstützten lang andauernden Verteidigungskrieg konfrontiert, bei dem für ihn bestenfalls die Legalisierung der Annexion der Krim- und der zwei ‚Volksrepubliken‘ im Donbas durch den ‚Westen‘ als ‚mickrige Beute‘ herauspringen wird, weil von diesem im günstigsten Fall berücksichtigt werden muß, daß die Nachkommen der russischen Einwanderer in den ukrainischen Kohlenpott sich politisch zwar als Ukrainer, ‚kulturell‘ aber als Russen verstehen. (Auf ähnliche Weise, wie es bei den polnischen ‚Einwanderern‘ in den west-deutschen Kohlenpott der Fall ist.) Nicht zur Verhandlungsmasse zwischen Putin und dem ‚Westen‘ würde dagegen gehören, wenn die Vergewaltigung von Ukraina mit der Strangulation des Vergewaltigungsopfers, also der Abtrennung der Schwarzmeerküste von (,der‘) Ukraine enden sollte. Ein Gewaltverbrechen, das für ‚den Westen‘ (die Herren Scholz, Orbán und Macron vielleicht ausgenommen) nicht mehr verhandelbar wäre, weil daraus vorhersehbar weitere folgen würden, die sich nicht mehr durch (faule) Kompromisse ‚eingrenzen‘ lassen...

Außerdem hat sich gezeigt, daß der von Cassandra gezogene Vergleich der russischen Kriegsverbrechen mit dem von Deutschland in Osteuropa und der Sowjetunion verübten Völkermord im Zweiten Weltkrieg nicht viel bringt; schon allein deshalb nicht, weil, erstens, historische Vergleiche ohnehin immer hinken und weil, zweitens, die Vorgehensweise des mit einer ordentlichen Portion ‚Stalinismus‘ gewürzten Neuen Putinschen Zarentums der (mafiotischen) Neuen (Geheimdienst-)Bourgeoisie eher auf das Rußland des 19. Jahrhunderts und die Diplomatie des Alten russischen Zarentums verweist und weniger auf ein Regime wie

dasjenige Hitlers. Seit altersher ist Rußland vom ‚Westen‘ eher halbherzig – und im Gegensatz zu den von Marx und Engels entwickelten ‚Bedrohungsanalysen‘ – als orientalistisch-despotische Bedrohung des ‚westlichen‘ Europa wahrgenommen worden. Keine der europäischen Großmächte (England, Frankreich, das Osmanische Reich und Habsburg/Preußen) hatte, was spätestens am Krimkrieg (1853-1856) klar wurde, an Napoleons katastrophal endendem Rußland-Abenteuer anknüpfen wollen; wohingegen die Autoren des *Kommunistischen Manifests* nach der Niederschlagung der antifeudalen Revolutionen in Europa durch Rußland, Preußen und Habsburg (1849) einen Krieg der Westmächte gegen das russische Zarentum und dessen Sturz durchaus als wünschenswert erachteten. Was den *Spiegel* – wer hätte das vor dem 24. Februar gedacht! – dazu veranlaßt hat, einen Ausschnitt aus der Untersuchung von Karl Marx *Über die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts*. – Unterüberschrift: Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie (sic!) – eilfertig (erneut) abzudrucken.<sup>1</sup> Übrigens eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen sich der ‚hauptberufliche‘ Politische Ökonom – erfolgreich! – als professioneller Historiker betätigt hat...

Vor welchen (‚faschistischen‘) Verbrechen soll Cassandra ihre (Zeit-)Genossen aber nun noch warnen, wenn diese tagtäglich in ‚der‘ Ukraine verübt werden? Zumal die Enthüllungen der von Putin gemeinsam mit seinem Komplizen Assad in Syrien verübten Verbrechen bei den europäischen Regierungen und ihren Wählern bis zum heutigen Tag eher auf politisches Desinteresse und auf taube Ohren stießen. Was hat Syrien auch mit Europa zu tun! Putin könnte es den Europäern erzählen, wenn sie denn hinhören wollten! Ebensowenig wird darüber diskutiert, ob Europa nach dem ‚Ukraine-Krieg‘, sollte dieser wie einst der Krim-Krieg mit einem faulen Frieden enden, überhaupt wieder zum status quo ante, d.h. einfach in die Zeit davor zurückkehren wird? Genauso gut könnte sich dieser faschistische Überfall lediglich als das Vorspiel für einen viel umfassenderen (völkischen) ‚Volkskrieg‘ mit dem Ziel der Russifizierung ganz Europas nach dem Muster des Donbas herausstellen und zwar als Nebenkriegsschauplatz in der globalen Auseinandersetzung zwischen China+Rußland+‚Dritte Welt‘ einerseits und den USA+Europa, = dem ‚Westen‘ andererseits im Kampf um die Weltmarkt-Hegemonie und die Weltherrschaft..

Und wenn die Zurkenntnisnahme der in Syrien und in Ukraina vor aller Augen verübten Verbrechen gegen die Menschheit dem ‚Westen‘ bisher als ziemlich lästig erschien und deren Aufklärung nur ein paar Presse- und social-media-Zaren reich gemacht, sonst aber nicht viel gebracht hat, warum sollte das mit der Reaktion auf die Warnungen vor den möglichen Folgen

<sup>1</sup> [www.spiegel.de/kultur/der-letzte-wille-des-dschingis-khan](http://www.spiegel.de/kultur/der-letzte-wille-des-dschingis-khan) (15.09.1977).

einer den ‚westlichen‘ Europäern drohenden eurasischen Allianz Rußlands und Chinas dann so viel anders aussehen? Was beide Regimes in ihrem ‚anti-kapitalistischen‘ Kampf gegen den ‚Westen‘ vor allem zu einer Gefahr für den Fortbestand der Menschheit (und deren heute noch überwiegend ‚westliche‘ Lebensformen) machen könnte, ist, daß beide tief im Morast von zwei an ihren inneren Widersprüchen gescheiterten proletarischen Revolutionen feststecken und sich schwer tun, die gegen ihre orientalistisch-despotische Herrschaft rebellierende Bevölkerung (und deren ‚nationale Minderheiten‘) im Zaum zu halten. Und, um auf die Deutschen zurückzukommen: das einzige, was diese bis jetzt aus dem Wüten des Putinismus in Syrien und in Ukraina gelernt haben, ist, daß man mit Putin keine Wahlen gewinnt! Unsere Landsleute waren immer nur groß im *nachträglichen* Beweinen der von den ihnen in der Vergangenheit verübten Schandtaten, aber leider nur allzu selten bereit, leicht vorhersehbare Verbrechen, einschließlich der eigenen, bereits in ihrer Entstehung zu verhindern.

Wenn sich der Job der kommunistischen Cassandra seit dem 24. Februar erledigt hat, dann sollten zumindest diejenigen, die bisher für ihre Warnungen ein offenes Ohr hatten, endgültig alle Versuche einstellen, in alter Gewohnheit, und im Namen des Antifaschismus + Antiimperialismus, mit den Verfechtern großrussischer und groß-han-chinesischer Weltmachtstrategien weiterhin darüber zu rechten, ob das Putin- *oder* das Xi-Regime schlimmer als das andere oder beide vielleicht nicht ganz so schlimm wie das gewesene Hitler-Regime seien. Mit Feinden der Menschheit, ob mit pseudo-kommunistischen oder faschistischen, kann es generell keinen – auch keinen ‚einseitigen‘ – politischen Dialog geben. Mag der forensisch äußerst gewitzte Retter der SED vor ihrem (verdienten) Untergang, mag Gregor Gysi -zig Mal behaupten, ‚wir‘ Deutsche hätten als Kinder von Hitler und Coca Cola nun mal kein Recht, gegen Putins völkisches Großrussentum unsere Stimme zu erheben oder gar zu fordern, daß ‚den Ukrainern‘ Panzer und schwere Waffen geschickt werden (die ohnehin – dafür sorgt unsere clevere Verteidigung-Verhinderungs-Ministerin – erst Weihnachten, wenn alles vorbei ist, dort eintreffen werden: ein letzter Liebesdienst altgedienter Juso-Seilschaften an dem ‚lupenreinen Demokraten‘ im Kreml!), so fällt, um auf Gysi zurückzukommen, spätestens seit Putins Überfall auf Ukraina sein anti-‚westliches‘ Freund-Feind-Schema auf ihn selbst (und seine Genossen) zurück, und das Recht, das uns Gysi streitig machen will, haben wir uns ‚68‘, auch gegen Leute wie ihn, auf revolutionäre Weise *genommen*. Und von den Nazis, die Putin in Ukraina aufspüren will, ließe sich zumindest jetzt schon mal einer finden: wenn er mal in den Spiegel schaute...!

Was bleibt dann, nachdem Cassandra ihren Job eher schlecht als recht erledigt hat, für

KOMKORR und ihre Korrespondenten noch zu tun übrig, was sich inzwischen nicht jeder schwarz-grüne Politiker nach seinem Schwur vom 24. Februar (...nie wieder!) in seinem Kampf um Wählerstimmen und die Aussicht auf eine satte Pension nicht längst in seine To-Do-Liste eingetragen hätte? Noch ein wenig mehr KOMMUNISTISCHE Propaganda machen? (Davon gibt es, je abstrakter je lieber, mehr als Sand am Meer!) Oder die materialistische Geschichtsauffassung noch dialektischer als bisher auffassen? (Was davon bisher aufgefaßt wurde, dient in erster Linie der materialistischen *Geschäftsauffassung* ihrer Interpreten.) Oder doch: back to the roots? Oder gar: back to the riots? Und dann alles noch einmal von vorn? (Dann hätten wir uns all die Jahre über im Kreis bewegt und würden die Fußspuren, auf die wir in unserer politischen Einöde Tag für Tag stoßen, voller Entsetzen als die eigenen entdecken!) Nobody knows ...!

Ebenso ungeklärt wird vorerst die Frage bleiben, wie Putin, der doch eigentlich alle Trümpfe einer friedlichen Rück-Eroberung des ‚wiedervereinigten‘ Deutschlands (und ausgehend davon: ganz Europas) im Ärmel hatte, um diese mit Unterstützung seiner Einflußagenturen durchzusetzen, auf diese wahnwitzige Idee, mit der er selbst seine engsten Geheimdienst-Mitarbeiter, wie sie nachträglich gestehen mußten, geschockt hat, kommen konnte: Hatte er nicht längst eine von Rußlands Energie-Exporten sich völlig abhängig gemacht habende deutsche und europäische Industrie, sowie eine sich seinen politischen Launen bereitwillig unterwerfende gesamtdeutsche Regierung (gleichgültig welcher Couleur) in der Tasche? Und das alles mit der Aussicht auf die moralische Eroberung der bis zu 70% pazifistisch gesinnten Deutschen, die von Rechtsaußen bis Linksradikal (plus einem als Dauerbrenner vom rechten und linken Terrorismus aufrechtzuerhaltenden Popanz) politisch in Schach gehalten wurden, sowie einer einsatzfähigen nur noch ihrer abschließenden Genehmigung harrenden zweiten Pipeline, die als Gelddruckmaschine den rechten und linken Putinismus europaweit, und das jahraus jahrein, hätte finanzieren können usw.? Wieso hat er all diese Trümpfe aus der Hand gegeben; wieso ist er von der erfolgversprechenden Politik der ‚moralischen‘ Eroberungen und politischen Erpressungen unversehens zum offenen Eroberungskrieg gegen ‚die‘ Ukraine übergegangen? Und außerdem: wer hätte es gewagt (außer einer Schar versprengter, ‚fragwürdiger‘ Anti-Putinisten), seinem engsten Freund (und Ex-Bundeskanzler) den lukrativen Job bei Rosneft madig zu machen? Und wäre nicht auch die Ermordung eines tschetschenischen Widerstandskämpfers auf einer Parkbank im Kleinen Tiergarten durch eine Killertruppe des FSB bei der Berliner Justiz irgendwann zu den Akten gelegt und die Durchlöcherung von Polizei, Geheimdiensten, Bundeswehr durch rechte und linke Putinisten als Kollateralschäden abgebucht worden, weil es so gut wie niemanden interessierte, auf welche

Weise rechte und linke Putinisten im skandalgewohnten Wechselgesang für sich daraus politisches Kapital schlagen..., usw., usf. – Nein, Putin wollte unbedingt diesen Krieg! Und man fragt sich unwillkürlich, ob die größte Gefahr, die dem Putinismus droht, nicht vielleicht Putin selbst ist?

Dem ist natürlich nicht so. Zwar kann, wer die Warnrufe Kassandras ernst nahm, den politischen Bankrott der putinistischen Linken inzwischen als Trostpreis für sich verbuchen und genüßlich konstatieren, daß diese nicht weiß, wie sie sich momentan zwischen Skylla und Charybdis, zwischen staatstreuer SPD und staatsfeindlicher NPD, (wobei letztere ähnliche Probleme wie die linken Putinisten mit ‚der‘ Ukraine hat), positionieren soll? Aber dieser kleine Triumph wird durch die Einsicht geschmälert, daß die Identität von ‚Rechts‘ und ‚Links‘ vielleicht in Deutschland zum moralischen Bankrott führen mag, diese aber in Frankreich von der Rechten über die Grünen bis nach Links(außen) problemlos über eine politisch aktive Massenbasis verfügt, die unter dem unerbittlichen Druck der Weltwirtschaftskrise zum Sturz der gewählten Vertreter der Bourgeoisie, zum Austritt aus EU und NATO und zu weiteren ‚revolutionären‘ Forderungen dieser Preislage durch den sich radikalierenden rechten und linken Putinismus führen wird. So wie der von Putin und seinem damaszenischen Folterknecht durchgeführte Völkermord in Syrien heute als Vorspiel für den Überfall auf ‚die‘ Ukraine inzwischen verstanden werden muß, könnte sich der ‚Ukraine-Krieg‘ als Auftakt für die Eroberung des gesamten eurasischen Kontinents herausstellen, die nur noch dadurch verzögert wird, weil Putins eurasisches Projekt von der anderen Seite des Ussuri aus als welthegemoniales Konkurrenzunternehmen ‚mißtrauisch beäugt wird; fällt dieser (Lenin sei Dank!) imperialistische Gegensatz zwischen Rußland und China, fällt auch das ‚westliche‘ Europa einem der beiden orientalischen Despoten dann beiderseits des Ussuri in die sehnsuchtsvoll ausgebreiteten Arme!

Kassandra ist tot. Aber der Widerstand lebt, solange es auf dem eurasischen Kontinent Völker und Nationen gibt, die dem russisch-chinesischen Empirealismus und dessen Neuem Faschismus ihren entschlossenen Widerstand entgegensetzen: LA RÉSISTANCE!!!

Ulrich Knautd (24.05.2022)

## KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ 2021

### MAILS DER KORRESPONDENTEN

**U an M (25.01.2021)**

Lieber M.,

Sonntag Abend meldet DIE WELT, daß chinesische Militärmaschinen in den Taiwanesischen Luftraum eingedrungen seien ... Mit [...Deinem] China-Vortrag im Hinterkopf wurde mir die Dimension dieser Provokation noch um einiges deutlicher. Leider war mir in [...unserer] Diskussion gestern Nachmittag nur das übliche ML-Blabla eingefallen. Ich war nach der Rezeption einer Unmenge an Fakten an die Grenzen meiner Aufnahmefähigkeit gelangt und daher auch ein wenig unwillig, mich näher auf das Referat einzulassen und bei der noch relativ unübersichtlichen Präsentation des Themas, erst einmal geschafft...

Nachdem ich inzwischen das ganze überschlafen habe, geht meine dringende Aufforderung an Dich zu versuchen, ein Konzentrat aus diesem inhaltlich hervorragenden Vortrag herzustellen, was uns einen großen Schritt voran brächte. Dabei käme es darauf an, das (Klassen-)Herrschaftsprinzip so konzentriert wie heute möglich herauszuarbeiten: sowohl den bürokratischen Kapitalismus, soweit darüber DAS KAPITAL I-III Aufschluß gibt, als auch die orientalische Despotie als entscheidendem Moment fernöstlicher Klassenherrschaft, deren Begriff ebenfalls von M.[arx]u.E[ngels]. stammt oder zumindest von ihnen stark gemacht wird.

Auch die Klärung der Frage, was an Maos Versuchen einer revolutionären Lösung der Bauernfrage unzureichend oder gar falsch war, wird uns gewiß weiter beschäftigen; die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus mit chinesischem Antlitz ist so rasant gewesen, daß sie heute eher im Kontext der ursprünglichen Akkumulation und dessen, was Marx zur Verwandlung der yeomen in Pauper und der Vernichtung ihrer Ackerbaukultur und deren Verwandlung in die Schafweiden aristokratischer Warenproduzenten geschrieben hat, behandelt werden müßte: ursprüngliche Akkumulation und Proletarisierung der chinesischen Bauern und Arbeiter durch den bürokratischen Kapitalismus und die orientalische Despotie. Wenn also KAP I-III herangezogen wird, dann wären dabei gerade jene Momente hervorzuheben und zugrunde zu legen, deren katastrophale Folgen in der Umweltzerstörung zum Ausdruck kommen – unabhängig davon, wie stark unser beider Bewertung der Öko-Frage differieren mag. Beide Positionen lassen sich annähern, solange wir davon ausgehen, daß die Umweltprobleme in China das Syndrom der spätestens seit dem Sturz des Maoismus stattfindenden Ursprünglichen Akkumulation und Proletarisierung der enteigneten Bauern sind. (Die Arbeiterklasse gehörte noch im China der 20er Jahre demographisch zu einer Minderheit.) Die Verharmlosung dieses gewaltigen gesellschaftlichen ‚Umbruchs‘ unter dem Stichwort des „Staatskapitalismus“ und ähnlicher linker akademischer Plattheiten halte ich für symptomatisch, aber politisch nicht für entscheidend. Ich würde diese Verharmlosung eher als den üblichen Ausfluß akademischer China-Forschung betrachten, die je linker, desto verwaschener in ihren marxistischen Aussagen daherkommt. Wichtig sind, wie Du betont hast, die facts, die dabei ans Tageslicht gelangen.



Das bringt mich auch auf die in den ‚China-Papers‘<sup>2</sup> aufgeworfene Frage des Xi-schen Sozialdarwinismus usw., die den Überbau und die Denkweise der KPCh betrifft (= die der Neuen Bourgeoisie in ihrem Übergang vom chinesischen Marxismus zur Orientalischen Despotie, die dazu geführt hatte, daß Mao in der Bauernfrage zu einer Marionette Stalins wurde, die durchaus auch einige eigenwillige Tänzchen aufführen durfte und abweichend von den in der K[ommunistischen]I[nternationale] herrschenden Denkverböten aufgeföhrt hat; ein Verhältnis, das in unserem westdeutschen Maoismus und seiner demgegenüber ans Komische grenzenden Blindheit wiederkehrte und schließlich in seinen ‚stalinistischen‘ Kern umschlug, worin die ganze Ignoranz gegenüber dem autokratischen Charakter des SED-Staats zum Ausdruck gekommen ist.) Mit diesem schweren Gepäck auf dem Rücken sollten wir dabei bleiben, die sich rasant entwickelnden Klassenwidersprüche in China nüchtern zu analysieren und uns über die Entfaltung des chinesischen Empirealismus (Taiwan) Aufschluß zu verschaffen. (Wenn solche historischen Parallelen auch nicht allzuviel bringen, wäre der Vertragsbruch gegenüber der einstigen Kolonialmacht in HK mit Hitlers Besetzung des Rheinlands und die drohende Annexion Taiwans mit der ‚Heimholung‘ Österreichs ‚ins Reich‘ zu vergleichen...)

Insgesamt halte ich die in dem Referat gelieferte Analyse der Fakten und Zusammenhänge, wodurch die *Klassenverhältnisse* in den Mittelpunkt gerückt werden, in unserer Diskussion für einen großen Schritt vorwärts. Und um einen weiteren Vergleich zu bemühen, befinden wir uns in einer ähnlichen Situation wie Friedrich Engels mit dem Anti-Dühring, wenn wir versuchen, die gewaltige wissenschaftliche Leistung der Drei Bände des KAPITAL und deren revolutionäres Potential in unser politisches „Kleingeld“ umzuwechseln.

Der Maoismus war der inadäquate, aber vielleicht auch unvermeidliche Ausdruck der chinesischen Klassenverhältnisse und der sich daraus entwickelnden (Bauern-)Revolution, die als proletarische Revolution an ihrer Neuen Bourgeoisie zwangsläufig scheiterte, weil diese es geschickt verstand, deren revolutionären Charakter ihrer orientalischen Despotie zu unterwerfen und das Umstürzen aller etablierten Verhältnisse durch die G[roßen]P[roletarische]K[ultur]R[evolution] in eine gewaltige ursprüngliche Akkumulation umzufunktionieren, wogegen der proletarische Dogmatismus des Maoismus, soweit dieser sich dagegen ernsthaft zur Wehr setzte, machtlos blieb. Die einzelnen historischen Details dieser politischen Entwicklung der Chinesischen Revolution zu erkunden, sollte künftigen Partisanen der chinesischen Partei Marx überlassen werden. China ist kein ‚unentdeckter Erdteil‘ mehr.

Wahrscheinlich war der Schock der Neuen Bourgeoisie über die Auswirkungen der proletarischen Kulturrevolution mit ihren unfaßbaren Auswüchsen infolge der Verabsolutierung der Bauernfrage in Kampuchea auch mit dafür verantwortlich, daß Proletariat *und* Bourgeoisie sich bei der weiteren dogmatischen Steigerung ihres Antagonismus in ein chinesisch-kampucheanisches Armageddon einträchtig auf einer riesigen Schädelpyramide wiedergefunden hätten...

---

2 parteiMarx Papers Reflexionen Samuel Huntington, Jiang Shigong und die Xi Jinping-Ära. parteimarx.org



Und was die Weimarer KPD betrifft, führte bekanntlich ihre aus den ‚Weimarer Verhältnissen‘ abgeleitete Flucht nach vorn schließlich zur Staatswerdung der DDR, zu einem kommunistischen Preußentum (in der Tradition der verpreußten deutschen Arbeiterklasse der Bismarck-Ära) und zur Diktatur der SED(-Nomenklatura) über das Proletariat. In Weimar standen die »**Staatsdoktrin**« der Zentrumsparteien der »**Staatsdoktrin**« des Stalinschen Panslawismus, der sich zwischen 1924 (Lenins Tod) und 1934 (Stalins ‚Kirow‘-Putsch gegen das ZK) schrittweise durchsetzte, in freundlicher Feindschaft und einer gewissen Haßliebe, die mit dem ‚Röhm-Putsch‘ schlagartig endete, einander gegenüber; eine »**Staatsdoktrin**«, die bereits Marx und Engels neben dem Bonapartismus zur größten äußeren Bedrohung des (internationalen) Proletariats erklärt hatten.

Nähere Ausführungen zum Schicksalsjahr 1919 erspare ich mir hier bis auf eine Ergänzung: Wenn nach Abdankung der Hohenzollern und der Auflösung der Bismarckschen Reichswehr durch die Siegermächte von Versailles die junkerlichen Freikorps als einzig verbliebene frei verfügbare preußische Staatsmacht (auf die 100.000-Mann-Parlamentsarmee war ‚kein Verlaß‘) und in Analogie zu 1813 als Keimzelle der Kontinuität des preußischen Staats zur Verfügung standen, wäre es Aufgabe des Proletariats und der „Partei Marx“ gewesen, diesen reaktionären Wurmfortsatz aus der bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik herauszuoperieren und die enorme revolutionäre Energie des Proletariats auf diesen Kampf als dem entscheidenden Kettenglied (Lenin) zu konzentrieren. Was als Minimalprogramm die Tolerierung der bürgerlichen Demokratie bedeutet hätte, wenn deren existentielle Bedrohung durch den junkerlich-preußischen Reststaat überhaupt als Gefahr für die Republik angesehen worden wäre und wenn sich die Bourgeoisie nicht längst nach einem bonapartistischen Retter (wenn nicht aus der Generalität – Hindenburg –, dann eben aus den Reihen der Frontsoldaten, m.a.W. des Militärgheimdiensts – Hitler – ) umgesehen hätte.

Ein deutscher zweiter Oktober wäre dabei (zunächst oder vielleicht sogar gänzlich) flach gefallen. Was von der „Partei Marx“ in der KPD übriggeblieben war, außer einer vagen Erinnerung an des „Manifest...“ (Marxisten gab es genug!), konnte keinesfalls auf die Unterstützung durch die Bolschewiki rechnen, da diese durch ihre engen Kontakte zu den verbliebenen Resten der Reichswehr außerdem alles taten, um das preußische Junkertum am Leben zu erhalten und die KPD davon abzuhalten, dieses zu zerschlagen. Für die KPD hätte sich Lenins von der Roten Armee versuchte und [von] den Entente-Mächten vor Warschau gestoppte Eroberung ‚des Westens‘ als ‚Revolution von oben‘ und als Danaer-Geschenk entpuppt, dessen Zurückweisung dem Proletariat nicht nur einen Hitler, sondern auch den SED-Staat erspart hätte; aber das sind alles ziemlich kontrafaktische Phantasien...

Rosa Luxemburg hatte bei aller Kritik zumindest in diesem Punkt recht gehabt, als sie die frisch gegründete KPD dazu zu vergatterte, komme, was da wolle, an den RT-Wahlen mit eigenen Kandidaten teilzunehmen. Und vielleicht war es in den Augen der junkerlichen Konterrevolution gerade die der „Partei Marx“ allzu nahe kommende Permanenzerklärung der proletarischen Revolution, die Marx und Engels

bereits unmittelbar nach 1848 getestet hatten, die Luxemburg und Liebknecht als so überaus gefährlich erscheinen ließen und weniger die im Leninschen Stil ergangenen Aufrufe der KPD zum Sturz des Imperialismus...? Aber abstrakte Überlegungen wie diese bleiben kontrafaktische Geschichte. Konkret wäre auf Lenins verfehlte Umsetzung der Marxschen Analyse der Bauernfrage in Rußland einzugehen. (Vgl. [communistcorrespondence.com](http://communistcorrespondence.com): Lenin und die Bauern – Lektürebericht zu einer unbekanntenen Revolution.)

Unser 1919 fand „68“ (genauer am 02.06.67) statt, ausgelöst durch eine Stasi-Provokation (d.h. die willkürliche Ermordung Benno Ohnesorgs durch einen Stasi-Mitarbeiter in der Berliner Polizei), die für die SED den Anlaß hätte liefern sollen, die „West-Berlin-Frage“ einer endgültigen Lösung im Sinne der Deutschland-Politik der UdSSR zuzuführen. Dieser Schuß war aber, wie sich sehr schnell herausstellte, nach hinten losgegangen, weil er statt der Liquidierung der Berlin-Frage die Lawine der antiimperialistisch-demokratischen ‚Studentenbewegung‘ ausgelöst hatte, von deren Fallwinden schließlich auch die DDR erfaßt wurde, und mit den bekannten Folgen.

Mit meinem Hinweis auf „68“ verbindet sich bei mir auch der Eindruck, als hätte sich [die daraus hervorgegangene revolutionäre Bewegung]<sup>5</sup> – seitdem nicht nennenswert weiterentwickelt (was an dem Dez/Jan-Flugblatt deutlich wird). Und wenn es eine Entwicklung gab, dann als linksradikale Variante der marxistisch-leninistischen Errungenschaften des SED-Staats, die in der Der Linken, nicht viel anders als zuvor die Aufrechterhaltung der Kontinuität des preußischen Staats, politisch fortwirkt. Im übrigen stammt, was sich abgesehen von diesen ‚Errungenschaften‘ bei GdS entwickelt hat, von Bakunin...

Auch darauf werde ich jetzt nicht näher eingehen und verweise lediglich auf [parteimarx.org](http://parteimarx.org) und einen über 10 Jahre alten Briefwechsel, der sich mit der Verschmelzung der bakunistischen Linken mit dem linken Flügel der Partei Die Linke beschäftigt ([parteimarx.org](http://parteimarx.org) REAKTIONEN 2010: U.K. an H.B. am 18.10.2010. Betr: Mit dem Bus aus Berlin zum ....Um's Ganze Kongreß 03.-05.12.2010 in Bochum), der öffentlichen Vermählung der Bakunisten mit der SED-Nachfolgerin in statu nascendi... Auch darauf näher einzugehen, machte es erforderlich, das lebenslange Duell Marx vs. Bakunin genauer unter die Lupe zu nehmen.

Als bakunistische MLer verachtet ihr im Grunde alles Politische und kommt daher mit Politischen Revolutionen nicht klar. In GdS Dez/Jan 20/21 erklärt ihr die Rojava-Fraktion der PKK zur einzig vorhandenen revolutionären Bewegung im Nahen Osten.<sup>6</sup> Das ist schon ein ziemlicher Hammer, weil Ihr damit – was angesichts der Verbrechen des Assad-Regimes in jeder Beziehung tödlich ist – eine ganze (kultur-)revolutionäre Bewegung in Nordafrika und dem Nahen Osten, die in Syrien am weitesten

5 [] = nachträglich eingefügte Korrekturen und Verbesserungen. [...] = Ergänzungen und Erläuterungen.

6 **»Wie schwer es für die kurdischen Genossinnen und Genossen gegenwärtig auch ist, gerade die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer gehören zu jenen Kräften in der Welt, die nachweislich hart und unerbittlich gegen alle Angriffe auf ihre demokratischen Strukturen und für den Schutz verfolgter Minderheiten eintreten und denen unsere Solidarität gehören muß.«**

fortgeschritten war, als sie den bewaffneten Sturz des Assad-Regimes auf ihre Fahnen geschrieben hatte – die aber von der westlichen Presse ziemlich läppisch als ‚Arabischer Frühling‘ getauft wird – einfach unterschlägt!

Zum Schluß möchte ich noch auf eine andere Briefstelle in der KOMMUNISTISCHEN KORRESPONDENZ zur Strategie einer ML-Partei hinweisen, die ebenso wie GdS aus der ‚Studentenbewegung‘ hervorgegangen ist, und gleichfalls auf ihrer traditionellen ML-Strategie verharrt [partei marx.org KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ M an U (20.05.2018)]: **»...Heute sah ich irgendwo bei Facebook eine aktuelle Imperialismusanalyse der MLPD...«** Die MLPDler stecken zwar auch in der klassischen Imperialismustheorie fest, sind aber anlässlich des G20 Gipfels von Imperialismus und Sozialimperialismus unter Einschluß Chinas von der Entstehung einer **»neu-imperialistischen«** Achse überzeugt, von der sie sich, von der DKP inklusive, politisch abzusetzen versuchen, wenn das auch alles ziemlich schematisch daherkommt. Vor allem ist bei ihrer Kritik an der DKP schwer auszumachen, ob diese lediglich als eine marxistisch-leninistische Konkurrenzorganisation oder eine Quisling-Partei gemeint sein soll, die die DKP als verlängerter Arm Rußlands im Extremfall darstellen würde.

Mit diesem Lesetipp verabschiede ich mich (vielleicht bis bald?) oder verbleibe, falls ich nichts weiter von Euch höre, in freundlicher Gegnerschaft auf unserer eingefahrenen diplomatischen Schiene, U.

P.S.: Nachträglich mußte ich feststellen, daß ich es bei dem momentanen Corona-Totentanz als sehr belebend empfand, in vertrauter Gegnerschaft unsere eingemotteten Klängen wieder einmal gekreuzt zu haben...

★★

### **U an R (07.03.2021)**

Beim ‚Verarbeiten‘ Deines Briefs vom 28.02.2020<sup>7</sup> stellen sich zunächst rein editorische und ‚Wissens‘-Fragen, wobei ich mich selbst auch eher auf der Seite der Unwissenden sehe:

- ist **Marburger Schule** mit der einstigen DKP-Hochburg zu assoziieren und sollte das in einer Fn. benannt werden?
- **HAB** ist ja wohl die Abkürzung für den H[orkheimer-]A[dorno]-Briefwechsel-Band/die Bände. Gibt es davon mehrere Bände usw., und wie lautet der genaue Titel? (Da hier die Bibliotheken gerade verrammelt sind, würde mir Dein Hinweis rein praktisch weiterhelfen).
- **»A: Ja«** bezeichnet offensichtlich Adornos Kommentar, den er in Horkheimers Brief vermerkt und diesen wahrscheinlich mit den Anmerkungen zurückgeschickt hat?

Dies zunächst die schlichten Fragen, die sich überdies für jemanden stellen, der ‚die Frankfurter‘, wenn er sie auf dem Höhepunkt der ‚Studentenbewegung‘ versucht hat zu lesen, nicht verstanden hat, weil ihm

<sup>7</sup> KOMKORR 2020 A. Korrespondenzen, 111 (RW an U). Siehe auch: ebd. 107 (U an RW (10.03.2020)).

der ganze (historische, philosophische) Hintergrund nicht vertraut war, der aber diese irgendwie kommunistischen Philosophen, die sich aber irgendwie von den Pseudo-Kommunisten jenseits ‚der Mauer‘ – wobei unklar war, wie – unterschieden haben, daher eher wie ein Fanal aufgenommen hat, das er mit großer Leidenschaft, aber mit ziemlich reduziertem Verstand gegen die („Revi“-)Marxisten (= ‚Revisionisten‘) verteidigt hat. Außerdem sind diese Briefe erst post festum veröffentlicht worden, als die politische Kontroverse, die darin latent ist, verdrahtet war. (Die ‚contemporäre‘ Veröffentlichung hätte vielleicht ein kleines Beben ausgelöst, worauf die beiden philosophischen Kommunisten keine Lust mehr hatten. Zumal ihnen deutlich vor Augen stand, was mit Philosophen ihrer politischen Herkunft jenseits der ‚Mauer‘ geschieht.) Ein weiterer Grund für mein zunächst gering entwickeltes Verständnis für ihre Kritik am Realsozialismus, zumal dieses nicht explizit gemacht werden konnte, ohne, wie es für gewöhnlich hieß, in ‚Antikommunismus‘ umzuschlagen, etc.

Weitere Fragen des Herausgebers unseres Briefwechsels:

- **ici bas** würde ich (in eckigen Klammern) mit **hinieden** verdeutschen.
- das Zitat am Schluß Deines Briefes hat wahrscheinlich einen Autor, den ich in Klammern setzen würde.
- Woraus stammt die Bemerkung von Korsch?

Ich halte die Formatierung des H-Textes in dem Briefwechsel-Band für sehr unübersichtlich, die aber, als edierte und von Dir zitierte Quelle leider zunächst zu übernehmen ist. Ich habe mir angewöhnt, Zitate grundsätzlich **Fett** und den zitierten Text in »...« [...] zu setzen, was die Übersicht der Zitate im Zitat des Zitats und aus dem Zitat...usw. stark vereinfachen würde. In diesem Sinne ließe sich H[orkheimer]s Brief im Layout stark vereinfachen, ohne ihn zu verfälschen und stattdessen eher sein Verständnis fördern. [...] Aber das mußt Du entscheiden, ob Du eine solche Verfremdung in Deinem Text duldest.

Mein einjähriges Schweigen auf Deinen Brief wäre also eher als Mangel an seinem Verständnis zu interpretieren, das sich ironischerweise erst in dem Moment zu verbessern scheint, wo ich vor der Aufgabe, diesen zu redigieren, stehe. Ein deutliches Indiz (index!), wie negativ sich der hektische Politik-Betrieb auf die Vertiefung unseres Verständnisses unserer Politik auswirken kann...

H[orkheimer]s Brief und A[dorno]s Gestik treffen den Kern unserer Bemühung, einerseits am kulturrevolutionären Charakter der ‚Studentenbewegung‘ anzuknüpfen und festzuhalten (der H+As Fassungsvermögen für deren historische Bedeutung wahrscheinlich ‚transzendiert‘ hat), ohne *heute* ihrer (= ‚Studentenbewegung‘) postmodernen und marxistisch-links-reaktionären Fehlinterpretation zum Opfer zu fallen. Dazu betrachte ich die Hervorhebung dieser ‚Affäre‘, die Du postum in Deinem Brief beleuchtest (selbst noch mit einem Jahr Verspätung!) für einen wichtigen Auslöser und Ausgangspunkt weiterer und für uns sehr wichtiger Diskussionen.

Soweit erst mal

Grüße

U.

★★

### **U an M (10.03.2021)**

Hi M., [...]. Hast Du in der heutigen FAZ den Aufsatz von Scholz (bzw. seines linken Ghostwriters) mit dem entscheidenden Stichwort „Respekt“ gelesen? Damit ist das Rennen für die RRG-Regierung eröffnet. Die SPD geht aufs Ganze. How dare you , nicht ‚links‘ zu wählen? – Weiter an die Arbeit! In dem von mir genannten NZZ-Artikel zu Libanon behauptet Slims Ehefrau übrigens, daß das Zeug, das im Hafen explodiert ist, für Assads Faßbomben bestimmt war...

Gruß U.

★★

### **R an U (19.03.2021)**

Hallo U., die „Marburger Schule“ (Lange, Cohen, Natorp, Cassirer, N. Hartmann) = Neukantianismus, ein Zwilling des südwestdeutschen Neukantianismus (Rickert, Simmel, Husserl).

Für mich ist das 19. – das letzte europäische – Jahrhundert von Interesse. Man sah sich noch in der Lage, gesellschaftliche Projekte zu denken, relevante Fragen immerhin zu stellen. Die Kritik der politischen Ökonomie zeigt auf, daß das liberale Zivilisationsprojekt nicht reüssieren kann. Daß dem so ist, wird im 20. Jahrhundert ausprobiert und auch in den aktuellen Jahrzehnten begibt man sich im Abwicklungsfall EWG wieder in eine Zivilisationsneige. Von daher sind mir Autoren wichtig, die noch ein Verständnis der am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts erreichten geistigen Leistungen und der Relevanz ihres Verlustes haben, also die frühe Frankfurter Schule plus E. Bloch, der frühe (westliche) Lukács et al. Auch bei diesen ist schon zu oft von „Tauschgesellschaft“ die Rede, wo es „Kapitalismus“ heißen müsste.

–Karl Korsch „Revolution wozu?“ in: Living Marxism, Bd. 5 No. 4, 1941, p. 21-29, neuer in: „Politische Texte“, eva 1974.

Diese Frage wird in diesem Aufsatz nicht etwa beantwortet. Es ist die Rezension zu der Autobiographie des Jan Valtin (= Richard Krebs). Dieser Polit-Geheimdienst-Desperado ist für GPU und Gestapo tätig und Korsch zeigt die Verkommenheit einer sog. „KPD“ auf, einem Anhängsel des russischen Staatsapparates. Es ist schade um jeden anständigen Genossen, der in diesem Laden verschlissen wurde.

– Baruch de Spinoza schreibt im Brief an Albert Burgh „verum index sui et falsi“

– Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Briefwechsel 1927-1969 (Bd. 4), Hg.: C. Gódde, H. Lonitz, Ffm 2004.

Daß der Adressat seine Randbemerkungen dem Absender hernach zukommen ließ, nehme ich nicht an. Friedrich Albert Lange schreibt 1865 eine „Geschichte des Materialismus“, welches Opus übrigens Marx und Engels bekannt ist („Langescher Quark“). Hermann Cohen gibt diese Schrift 1914 wieder heraus und schreibt in der Einleitung: Kant war „der wahre und wirkliche Urheber des deutschen Sozialismus.“ — ein

in fataler Hinsicht zutreffender Hinweis. Der Sozi, der sogar alle drei „Kapital“-Bände gelesen (verstanden ??) hat, ist anschließend immer noch Keynesianer (= etatistischer Proudhonist ) und bemüht sich, ‚Auswüchse‘ zu regulieren. Mit seiner Wertrationalität ist er eben bequem und schnell mit Urteilen fertig und erspart sich Wissenschaft. Das ‚liberal-demokratische‘ Simplizitätsgebot der Mehrheitsfähigkeit ist so bestens erfüllt und der ersehnte Anschluß an das bürgerliche System gelingt. Der Ehrgeiz einiger sozialdemokratischen Autoren verlangt, bürgerliche Ideologie in marxistische Terminologie neu einzukleiden.

Nun möge die Irrelevanz-Schere ihre Amtes walten und etwaigen Mit-Lesern unnötigen Ballast ersparen. Bei den Layout-Entscheidungen hast Du freie Hand.

Gruß

R.

★★  
**M an U (22.04.2021)**

Lieber U., nach [...] wochenlangem Schweigen ein Lebenszeichen: Im Anhang schicke ich Dir einen guten Artikel aus der gestrigen FAZ zu den russischen Kriegsvorbereitungen, den Du vielleicht auch gelesen hast. Mein Eindruck, dass es sich nicht um bloße „Drohgebärden“ oder „Säbelrasseln“ handelt, sondern dass Russland einen Angriff auf die Ukraine plant, wird darin bestätigt. Vielleicht ist die Entscheidung für einen Krieg noch nicht gefallen, die Möglichkeit ihn zu führen besteht jetzt aber. Vermutlich werden die bislang „fehlenden“ Einheiten mit den modernsten Drohnen und Armata-Kampfpanzern erst sehr spät und verdeckt an die Front geführt. Was viele Beobachter irritiert, nämlich dass der Aufmarsch so offen erfolgt, kann auch Teil einer List sein. Wenn ein solcher Aufmarsch unter den heutigen Bedingungen der Satellitenüberwachung und allgegenwärtiger Handys und Nutzung sozialer Medien kaum zu verbergen ist, dann ist es besser, solche Truppenmassen ungetarnt an die Front zu verlagern, um nicht durch Tarnung, die sowieso auffliegen muss, die eigentlichen Absichten zu offenbaren.

Grüße,

M.

Anhang:

FAZ 21.04.2021[6]: Putins Optionen für die Ukraine. Was hat der russische Aufmarsch zu bedeuten. Erfahrene Generäle sind alarmiert. Moskau hat eine Invasionsarmee zusammengezogen.

★★  
**U an M (25.04.2021)**

Lieber M., ja, den Artikel habe ich auch gelesen. Er ragt in der FAZ anders als was sonst zu dem Truppenaufmarsch zu lesen war, in der Tat heraus. Der Ex-General Breedlove ist ein ‚alter Bekannter‘.<sup>8</sup> Ich

<sup>8</sup> parteimark.org EInspruch 22.03.2016: **„In den taktischen Überlegungen des vor seiner Pensionierung stehenden obersten NATO-Generals Breedlove klingen die Warnungen vor den militärischen Absichten Rußlands im Nahen Osten und in Europa ziemlich naiv, gemessen an dem publizistischen Herumgeeiere der deutschen Presse, aber selten realistisch, wenn er bei einer Kongreßanhörung Anfang Februar Putin als obersten Fluchthelfer attackiert, der mit seiner militärisch sinnlosen, weil nicht**



habe seinerzeit über ihn geschrieben, weil er als einziger genauer über Assads und Putins Syrien-Strategie etwas Brauchbares von sich gegeben hat. Deine Einschätzung teile ich. Das ganze eine ziemlich verblüffende Angelegenheit. Vielleicht, weil Putin die Felle wegschwimmen? Näheres von mir dazu findest Du im neuen EINSpruch<sup>9</sup>, den ich parallel zur KOMMKORR 2020 produziert habe.<sup>10</sup> Jetzt bin ich etwas aus der Puste. [Wir] haben die erste Impfung mit Biontech bekommen, die zweite folgt Mitte Mai. Vielleicht können wir ALLE im Sommer mal wieder ‚Party feiern‘. Ich fände das toll. Mal sehen, was die andern sagen.

So weit erst mal. Ich werde in den nächsten Tagen versuchen, etwas Längeres zu schreiben. Bis dahin Grüße  
U.

★★

### **U an M (04.05.2021)**

Lieber M., das erste Vierteljahr ist vorbeigerast, und wir müssen uns schon bald wieder Gedanken über das Zustandekommen unseres nächsten A[rbeits]T[reffen]s machen... Das nur so ein subjektiver Eindruck.

Beim Produzieren von KOMKORR und des EINSpruchs<sup>11</sup> kam ich spontan auf den Gedanken, daß ich eigentlich genug habe von den kleinen Formen und stattdessen eine größere angesagt wäre. Bis mir nach einiger Zeit klar wurde, daß sich die größere entweder aus den kleinen Formen von selbst ergeben wird, ansonsten aber eine ziemlich künstliche Angelegenheit wäre, die nicht zu der politischen Situation paßt, in der wir uns momentan befinden. Also weiter mit den kleinen Formen...!

Ich lese gerade die zweibändige Bismarck-Biographie von Engelberg, einem bewährten erst kürzlich verstorbenen SED-Historiker (er wurde biblische 100 Jahre alt).<sup>12</sup> Der 1. Band stammt aus Mitte der 80er Jahre, einer Zeit, als die finanziellen Schwierigkeiten unter Honecker akut wurden und man sich von dem Erz-Reaktionär Strauß zweimal mit Krediten hatte aushelfen (oder aushalten?) lassen mußte...

---

**unterscheidbaren Bombardierung der syrischen Zivilbevölkerung Zehntausende auf die Flucht nach Europa getrieben hat. (Fn 15): Laut Breedlove haben die barrel bombs [Faßbomben], die von Assad auf die Wohnbezirke fallen gelassen werden, »zero military utility«, sie dienen nur dem einzigen Zweck, »to bring them on the road and make them someone else's problem; get them on the road, make them a problem to bend Europe to the will where they want them to be«. Wer mit dem »they« gemeint ist, ist ziemlich klar ersichtlich.** Klar ersichtlich ist nun auch, sechs Jahre danach, worauf der völkermörderische Expansionismus des Putin-Regimes hinausläuft, dessen 1:1 Kopie heute in Ukraina in Szene gesetzt wird. Nur daß die Faßbomben durch modernere Waffen ersetzt wurden und Putin sich an den Ukrainern gerade die Zähne ausbeißt. Nur die Terrorisierung der unbeteiligten Bevölkerung im Stil eines Dschingis Khan ist dieselbe geblieben. Nachdem ihre Politiker nichts aus Putins Terror gegenüber der syrischen Bevölkerung lernen wollten und sie sich auf warme Worte beschränkt hatten, wird das den Europäern für die Zukunft eine Lehre sein.

9 EINSpruch 22.04.2021. parteimark.org

10 Korrespondenz KOMKORR [2021] Die KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ 2020. parteimark.org

11 Siehe Fußnoten: U an M (25.04.2021)

12 Ernst Engelberg: *Bismarck*. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985. Ders.: *Bismarck*. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.

Wie kam die SED und dieser altgediente Historiker auf Bismarck? Wahrscheinlich über die historische Parallele, diesen Verfechter des junkerlichen Kapitalismus und kleindeutscher (groß-preußischer) Staatlichkeit mit dem Alleinvertretungsanspruch der sozialistischen DDR als der Vollenderin der ‚nationalstaatlichen‘ Ziele der deutschen Arbeiterbewegung zu verknüpfen, verbunden mit der Perspektive, wie wir sie heute aus China kennen: KP-Kapitalismus! Plus mit einer vom Staat abhängigen Bourgeoisie. Wenn man sich auf der Gegenseite dazu Adenauer als rheinischen Louis Bonaparte vorstellte, war auch ein möglicher Krieg gegen diesen nicht ausgeschlossen. Aber dazu gaben Breschnew + Gorbatschow dem Genossen Honecker weder Zeit noch Gelegenheit oder gar das Geld (da die UdSSR genauso oder noch knapper bei Kasse war als die DDR).

Für Marx war Bismarck ein Bonapartist par excellence, seine Konzessionen an die Arbeiterklasse waren ein riesiger Schwindel, bei dem ihm nicht nur Ferdinand Lassalle behilflich war. Engelberg zitiert häufig Marx und Engels, auf deren Einschätzungen er auch seine Darstellung der Vorgeschichte und des Verlaufs des preußisch-deutsch-französischen Krieges stützt. Dabei wird die Verwobenheit der dynastischen Verwicklungen, politischen Interessen und militärischen Konstellationen innerhalb Preußens und Europas, sowie der Verlauf dieser Kampagne, deren Ausgangspunkt das Jahr 1866 ist (Königgrätz, Sadowa), einigermaßen durchschaubar gemacht. Besonders Bismarcks Verwirrspiel um die Emser Depesche und sein Trick, Louis Bonaparte gegenüber seinen möglichen Verbündeten in Europa zu isolieren und Preußen als Angegriffenen dastehen zu lassen, wird von Engelberg nachvollziehbar entwickelt. Kein Wunder! Kann er sich dabei auf MuE.s Briefwechsel stützen, was für mich zu der Frage führte, worin die Unterschiede und/oder Gemeinsamkeiten zwischen dem ML der 70er Jahre<sup>13</sup> und den Positionen der SED eigentlich bestanden haben bzw. worin sie in Wirklichkeit deckungsgleich waren. Dies war in puncto deutsche Staatlichkeit und Einheit der Nation der Fall; nur daß die MLer ein wenig nationalistischer waren, weil sie die Konsequenzen aus dem XX. PT<sup>14</sup> mitzutragen nicht bereit waren. Davon abgesehen waren beider Ausgangspunkte dieselben. Daran kann auch die gründliche Lenin-Lektüre nicht allzu viel ändern, wengleich Lenin dem Sozialimperialismus im Unterschied zu Stalin immer wieder abgeschworen hat...

Wenn wir uns im Gegensatz dazu politisch auf die Spuren der Partei Marx begeben wollen, würde das heißen, dies nicht allein über das *Vorwort* zum russischen *Manifest* und die *commune rurale* in Hinblick auf 1917 zu tun,<sup>15</sup> sondern sich mit der Partei Marx im engeren Sinne ab urbe condita zu befassen. Den Ausgangspunkt würde die Auseinandersetzung von MuE mit dem preußischen und französischen Bonapartismus bilden. Engelberg bekennt sich am Schluß des 1. Bandes zur Marx-Engelsschen Charakterisierung der Bismarckschen Politik als Bonapartismus, ohne darauf näher einzugehen oder daraus weitere politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Band II ist 1990 erschienen. Nach den ersten Seite erscheint mir das Bismarck-Bild in das Licht eines zart rötlichen Sonnenuntergangs getaucht... Da in der Lit.[eratur]-Liste der russische von Stalin [...auf den Index gesetzte] Historiker Pokrowski geführt

13 D.h. die ML-Bewegung in der BRD.

14 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956.

15 MEW 19, 295-296; MEW 19, 384-406.

wird, würde ich den Engelberg der 90er Jahre in die Nähe der *Hellen Panke* stecken. Womit er weiterhin lesbar bliebe - gerade, was die Zeit 1871-1914 (Bismarcks Entlassung 1890, Tod 1898) betrifft.

Nun noch etwas ganz anderes, aber ein durchaus verwandtes Thema, bei dem Du mir vielleicht weiterhelfen kannst: Wahrscheinlich hast Du auch den Bohai um „Allesdichtmachen“<sup>16</sup> verfolgt, und inzwischen hat auch die AfD-nahe *Junge Freiheit* sich dieses Themas angenommen. Ich habe diese Geschichte nicht näher bzw. allein über die FAZ verfolgt und mich nur gefragt, ob dahinter nicht einfach das Konkurrenzverhältnis zwischen ehemaligen DDR-Kulturschaffenden und ihren etablierten Wessi-Kollegen steht, die jene nicht an die vollen Futtertröge des ‚westlichen‘ Kulturschaffens herangelassen wollen, woraus von östlicher Seite ein kulturpolitischer West-Ost-Konflikt gefolgert wird und – verkehrte Schlachtordnung – die EX-DDRler AfD-Positionen und die Wessis den Antifaschismus der Wessi-Linken vertreten. Ich gucke schon lange weder talk-shows noch BRD-Krimis, noch ARD-Kabarett... Mich würde interessieren, ob ich mit meinen Vermutungen völlig daneben liege. Auf jeden Fall scheinen die Anti-Wessi-Kulturschaffenden gemeinsam mit AfD und Querdenkern der Ansicht zu sein, daß die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine Verschwörung gegen die Demokratie seien und jeglicher wissenschaftlichen Begründung entbehren. Soweit meine noch ziemlich oberflächliche Überlegung zu dieser Kontroverse. Absurderweise ist der Hauptbeteiligte an dieser ‚Verschwörung‘ abgesehen von der ‚Merkel-Regierung‘ offenbar das Virus selbst, das von ‚Merkel‘ angeblich gegen das Volk instrumentalisiert wird. Ziemlich schräg! Was wollen die (teilweise heute durchaus erfolgreichen) Ex-DDR-Künstler in dieser absurden Schlachtordnung erreichen!? Eine trumpistisch-putinistische DDR 2.0? Heute nehmen die (linken) Wessi-Promis die Position der früheren etablierten (SED-)Staatskünstler ein, während die zu DDR-Zeiten hoch gehandelten SED-Künstler nur noch die Rolle des Ausputzers spielen sollen? Verkehrte Welt!

Ich habe inzwischen auch *Generation Beleidigt* gelesen<sup>17</sup> und war sehr erbaut von der offenen Sprache in der Tradition von Charly Hebdomadaire. Die Eindrücke der Autorin von ihren Gastvorträgen an US-amerikanischen Unis haben mir klar gemacht, was es bedeutet, wenn, was ich bis dahin nicht konkretisiert hatte, die dort angestellten Profs gegenüber den verwöhnten Zicklein linker Middle-Class-Eltern sich zu kleinen („kolonialistischen“) Würstchen degradieren lassen müssen, um ihren Job nicht zu verlieren. Dadurch sind mir diese anti-‚westlichen‘ Meinungs-Terroristen noch ‚sympathischer‘ geworden! [...] Im Nachhinein hat Caroline Fourests Buch bei mir den Eindruck vermittelt, daß ich mich in diesem Kleinkrieg erstens nicht ganz allein auf weiter Flur befinde, wenngleich zweitens meine von dritter Seite als ‚absolut böseartig‘ denunzierten Einwände gegen den faschistoiden Charakter der woke generation nachträglich als relativ harmlos erscheinen verglichen Fourests mitleidloser Zuspitzung ihrer Auseinandersetzung mit derselben. Mir hat das Buch jedenfalls sehr geholfen. Auch darin, bestätigt zu bekommen, wo wir hier überhaupt leben!

<sup>16</sup> Die Kritik von Schauspielern und Regisseuren gegen die Corona-Politik der Regierung im April 2021.

<sup>17</sup> Caroline Fourest: *Generation Beleidigt*. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei, über den wachsenden Einfluß linker Identitärer, Berlin 2020.

In den USA will der Staat Arizona die Wählerstimmen neu auszählen... Dazu vielleicht das nächste Mal, wenn die Angelegenheit weiter gediehen ist + dazu, was aus Putins Geländeübung in West-Rußland und der Ost-Ukraine geworden ist!

Herzlich

U.

★★

**U an M (05.05.2021)**

Hi M., ich war so sehr in meinen Text eingesponnen, daß ich eine Sache vergessen habe, die ich Dich noch fragen wollte: Hast Du mal in Sahra Wagenknechts Buch hineingeschaut, um zu entscheiden, ob es sich lohnt, es zu kaufen? Ich schwanke, weil ich darin nichts Weltumstürzendes vermute, das diesen Kauf lohnt. Aber vielleicht bist Du gegenteiliger Ansicht. Die Journalisten fragen immer, ob Frau Wagenknecht meint, noch zu der Linken zu gehören. FAZ von heute.<sup>18</sup> Das verschleiern die andere Frage, warum ihre Partei sie zur Vorsitzenden in NRW gemacht hat? Wo sie doch die woken Kleinbürger so scharf kritisiert! In Wirklichkeit, so vermute ich, fährt ihre Partei zweigleisig. Ob ihr Buch darüber Auskunft gibt, wäre die entscheidende Frage. Vielleicht weißt Du da mehr...

Gruß

U.

P.S.: Einen eher gruseligen Eindruck erhielt ich beim Überfliegen folgender Seite, die nach meinem Eindruck als Synthese zwischen den oben bezeichneten Extremen erscheint:

<https://www.rosalux.de/news/id/43146/fuer-einen-dekolonialen-und-feministischen-global-green-new-deal>

★★

**M an U (05.05.2021)**

Hallo U., ich kenne das Buch nicht bzw. nur aus den Besprechungen. Ich denke auch, dass es sich um zwei Flügel der „Linken“ handelt. Der letzte Parteitag hat die innerparteilichen Machtverhältnisse klargestellt. Die „Bewegungslinke“ hat wohl aktuell die Mehrheit unter den jungen Parteimitgliedern und unter den Delegierten der Partei. Wagenknecht stützt sich auf den Osten und manche Landesverbände wie etwa den von NRW, der von ehemaligen DKP-Leuten und sog. Alt-Linken dominiert wird.

Wichtig sind m.E. auch die Klassensegmente, auf die sich beide Flügel stützen. Der „woke“ Teil hat seine Basis im akademisch gebildeten Aufsteigermilieu mit und ohne „Migrationshintergrund“, das intellektuell skrupellos, gut vernetzt und intrigant ist. Wagenknecht und ihre Leute stützen sich dagegen auf das Kleinbürgertum, einen Teil der etablierten Führungskräfte und Facharbeiter. Die entsprechenden Vorwürfe lauten: „Wagenknecht ist nicht mehr links“ und „die Identitätspolitiker\*innen sollen zur FDP gehen / sind neoliberal“. Die ideologische Grundlage der einen bleibt der Marxismus in einer seiner Gestalten, die der anderen der Poststrukturalismus, auch wenn dieser marxistische und maoistische Restbestände enthält.

---

<sup>18</sup> FAZ 04.05.2021 *Identitätspolitik*. Ist Sahra Wagenknecht noch eine Linke? Kritiker ihres Buchs über die Lifestyle-Linke halten ihr politische Fahnenflucht und Mangel an kultureller Sensibilität vor. Das Gegenteil ist richtig.

Wie immer in solchen Auseinandersetzungen wird mit Übertreibungen gearbeitet. Daher überraschen die Synthesen nicht. Der Professorensozialismus ruft immer die Vermittler auf den Plan, die „mit weiser Mäßigung auf die Extreme herabgrinsen“. Die unterlegene Partei wird sich hinter diesen Vermittlern versammeln und die nächste Offensive planen. Der entscheidende Punkt sind m.E. die Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenzusammensetzungen. Analysiert man diese Basis, dann wird es leichter fallen, die ideologischen und politischen Klassenkämpfe korrekt zu begreifen.

Zurück zum Buch: Ich dachte auch immer, dass die „Linke“ zweigleisig fährt und habe die Betonung auf die Einheit beider Formen des Bourgeoisozialismus gelegt. Jetzt scheint mir der Gegensatz in den Vordergrund gerückt zu sein. Wie die Herrschaft der alten Bourgeoisie die neue Bourgeoisie hervorgebracht hat, so entwickelt sich auch letztere mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und bringt neue Mutationen hervor, die man dann als neueste Neue Bourgeoisie bezeichnen kann. Die gemeinsame Grundlage bleibt natürlich weiterhin der angestrebte Staatskapitalismus.

[...]

Grüße,

M.

★★

**M an U (23.05.2021)**

Hallo U., im Anhang das Protokoll unseres Telefonats. [...]

1. Mailwechsel zwischen U. und M.
  - a. Lektürebericht Ernst Engelberg

U. berichtet von seiner Lektüre der zweibändigen Bismarck-Biografie von Ernst Engelberg. Im ersten, 1985 erschienenen Band, vertrete der Autor einen „aufgeklärten SED-Standpunkt“. Im zweiten Band, der nach dem Zusammenbruch der DDR 1990 erschien, äußere sich der Autor dagegen „viel freier und lockerer“. U. beurteilt Engelberg als fachlich guten Historiker, der die Politik Bismarcks schlüssig erkläre. Bismarck habe einerseits die Demokratie soweit wie möglich unterdrücken, andererseits der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland „Luft verschaffen“ müssen. Dieser Widerspruch durchziehe Bismarcks ganzes politisches Leben. Zudem zeige Engelberg, wie Bismarck auf die nationale (D[deutsch]-F[ranzösischer]-Krieg) und die soziale Frage einging. Dazu passend erwähnte U. einen Artikel aus der FAZ vom 17.05.2021 über Armin Laschet. Laschet stammt aus einer katholischen Bergarbeiterfamilie und sei „Zentrumsmann par excellence“. U. sieht darin die Wiedergeburt des Zentrums, wie es zu Bismarcks Zeiten und in Weimar existierte. Drei Strömungen gegen Bismarck: a) Sozialdemokratie, b) Zentrum und c) Li-

berale. Die Weimarer Konstellation hätte sich im Kaiserreich vorbereitet bzw. hier ihren Ausgangspunkt gehabt. Das Zentrum proletarisierte sich der Tendenz nach im Laufe der Debatten über die Sozialpolitik und damit sei im Grunde die BRD in ihren Wurzeln vorgeprägt. Die Sozialgesetzgebung Bismarcks sei genau der Notnagel gewesen, um keine Fabrikgesetze wie in England zuzulassen. Bismarck sagt, man brauche letztere nicht („wir kümmern uns um die Zukunft der Arbeiter, nicht die Gegenwart“). Die heutige Sozialgesetzgebung sei immer noch darauf basiert, wenn auch „aufgeblähter“. Ein großer Teil der Gegenwärtigen Klassenkämpfe sei nur dadurch verstehbar. Gut sei an der Biografie, dass der Autor immer wieder die Korrespondenz von Marx und Engels einblende, insbesondere die mit Liebknecht und Bebel. Spannend sei, wie die Sozialdemokratie sich zum Bismarckschen Bonapartismus verhalte. Dies sei auch für uns wichtig, da Marx und Engels zum Bonapartismus und Preußentum (Aufzeichnungen lückenhaft) (...) Empfehlungen an Liebknecht und Bebel. U. will nun überprüfen, wie die Marxsche und Engelssche Einschätzung zu Bonapartismus, Sozialstaat, und der „gelenkten Demokratie“ konkret aussah. Im Allgemeinen kennt er sie zwar, habe sie aber unter diesem Aspekt bislang nicht gelesen. Daraus könnten wir etwas lernen. Briefe zwischen Marx und Engels wurden nach Marx' Tod zum Teil verbrannt. U. sagt, dass dies durch Marx' Kinder geschah, ich meinte, zum Teil auch von Engels und nach Engels' Tod von Bernstein. U.s. Hintergedanke: Marx hatte sich seit dem [Ver]Einigungsparteitag [von SDAP (Bebel, Liebknecht) und ADAV (Lassalleaner) 1875 in Gotha] innerlich von der Sozialdemokratie abgewendet und nicht nur aufgehört, das „Kapital“ zu schreiben. Andere Themen wurden bei Marx vorherrschend. Nämlich Russland, die *commune rurale* usw. Konkret geht es darum, genauer aufzuzeigen, wie der „Abnabelungsprozess“ von der Sozialdemokratie aussah. In der Literatur sei dies bislang kein Thema gewesen.

b. Lektürebericht von Caroline Fourests „Generation beleidigt“.

Das Buch hat U. mit sehr viel Gewinn gelesen. Er sagte, dass das Geschilderte nur in Frankreich passieren könne. Ich widersprach bei diesem Punkt und verwies auf Berichte zweiter Hand aus dem akademischen Betrieb sowie der Kunst- und Kulturbranche. U. hat die Autorin in eine „trozkistische Familie“ gesteckt. (unverständlich) U. war über die Position der Autorin [...] erfreut. Ich sagte, dass der Streit über die identitätspolitischen Steckenpferde in bestimmten Schichten allgegenwärtig sei. Die Neue Bourgeoisie (NB) nutzt diese Debatten, um ihre Gegner zu diskreditieren oder auszuschalten. In der Partei „Die Linke“ sei darüber ein Richtungsstreit entbrannt, den die „Identitären“ auf dem letzten Parteitag für sich entscheiden konnten. Wagenknecht will, so U., auch die „verpreußte“ Arbeiterklasse ansprechen und organisieren. Dennoch waren wir uns einig, dass beide Richtungen der angestrebte Staatssozialismus und die „juristische Weltanschauung“ verbindet.

Ich sagte, dass ich Fourests Buch nicht ganz fertig gelesen habe und das Geschilderte für mich auch nicht neu war, wenn ich es auch gut zusammengestellt fand. Der Vormarsch der identitätspolitischen Linken werde von Fourest nur beschrieben, nicht erklärt. Sie fasst die Sache rein ide-

engeschichtlich und will zur vermeintlich guten alten „universalistischen Linken“ und zum Antirassismus Martin Luther Kings zurück. Französische Theorien seien in den USA uminterpretiert worden und kämen nun nach Frankreich zurück, wo sie vor allem an den Universitäten, im publizistischen Bereich und in Kunst und Kultur die Hegemonie anstrebten oder bereits errungen haben. Dass die post-strukturalistischen Theorien selbst aus dem Marxismus, Marxismus-Leninismus und Maoismus entwickelt wurden, erwähnt sie nicht. Auf die Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise und die Klassenkämpfe, die diesen Entwicklungen zugrunde lagen, geht sie daher natürlich auch nicht ein. Ein Aspekt, der vermutlich der identitätspolitischen Offensive zugrunde liege, ist der nach dem Zweiten Weltkrieg in den führenden kapitalistischen Ländern erfolgende Übergang zum sog. consumer capitalism. Dieser bedarf zu seinem Funktionieren, insbesondere zur Realisierung des Massenprodukts (Warenkapitals) umfangreicher ökonomischer Manipulationen, wozu das Kreieren von Marken, Images und ein ausgefeiltes System der Vermarktung gehören. Die massenhafte Durchsetzung von Social Media und das Auftreten von Influencern sind die neuesten Formen dieser Manipulation. Der Kampf um Marktanteile, der sich in der Krise verschärft, wird auch durch die Destruktion konkurrierender Marken- und Waren-Images geführt. Dabei bedient sich die Manipulation aus dem Repertoire des seichten Sozialismus, der das Geld und das kapitalistische Eigentum abschaffen, indem er ihnen gegenüber die ewigen Gesetze der Warenproduktion und einer aus der Zirkulation geschöpften Gerechtigkeit geltend machen will und lädt den Konsum moralisch („fair“) und politisch („bio“, „nachhaltig“, „bunt“ usw.) auf. Es kann für Kapitale tödlich sein, wenn das Marken-Image zerstört wird und daher der Salto mortale des Warenkapitals nicht mehr in einem Umfang gelingt, der mindestens die Durchschnittsprofite realisieren lässt. Sie müssen am besten präventiv jeden Verdacht von sich weisen, „rassistisch“, „sexistisch“, „diskriminierend“ oder „nicht nachhaltig“ zu sein, um nicht Opfer einer zunehmend in den Sozialen Medien organisierten Kampagne zu werden. Gleichzeitig hat die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise überall, wenn auch nicht auf gleicher Stufe, die überkommene Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern revolutioniert und zugleich ihre Widersprüche potenziert. Dasselbe gilt auch für die den rassistischen Ideologien zugrundeliegenden Spaltungen der Entwicklung der nationalen Ökonomien, der durch Migrationsschübe weiter internationalisierten und bunt zusammengewürfelten Arbeiterklassen sowie hinsichtlich der staats- und privatkapitalistischen Zerstörung der Erde, als einer der beiden Springquellen allen Reichtums. Dies sind sozusagen Momente der wirklichen Bewegung, die von den Vertretern der Identitätspolitik aufgegriffen werden. Hinzu kommt das von der Manipulation in illusionären Formen genährte Bedürfnis nach Entwicklung der eigenen Individualität. Ein weiterer Aspekt der Identitätspolitik ist die ihr zugrundeliegende und von ihr verstärkte Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander. Identitätspolitische Bekenntnisse sind ein Mittel der Selbstvermarktung der Ware Führungskraft, um sich in der Konkurrenz der Führungskräfte durchzusetzen.

c. Die Diskussion zu „#alles dichtmachen“ wurde von U. angesprochen.

Sie sei ein Symptom für den inneren Zustand der „Linken“. Ich sagte, dass hier die Haltung der „Alten Bourgeoisie“ unklar ist und es einer konkreten Klassenanalyse bedarf. U. sprach von Flügelkämpfen in der Neuen Bourgeoisie.

2. U. berichtete kurz von seinen ND-Lese-Eindrücken am Wochenende.

Das Blatt habe keinerlei Substanz. Ein David Brophy schreibe über Genozid und Uiguren. Die Botschaft laute: Man muss verstehen, dass die chinesische Regierung auch ihre Probleme habe. U. fasste zusammen: So sieht die SED aus, wenn sie losgelassen ist, ohne ZK, das die Arbeit der Partei organisiert. Dieses Dilemma müsse produktiv gewendet werden. Ich verwies darauf, dass so die NB in der Bewegungsphase aussieht und verwies auf den „Staatssozialismus von unten“, der einerseits der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Rechnung trägt, andererseits [die] „Lehre“ der NB aus dem Scheitern des „Sozialismus“ [...] sowie [den] entsprechenden ideologischen Bedürfnissen Rechnung trägt.

3. Den Israel-Hamas-Konflikt und die antisemitischen Massenaufmärsche haben wir nicht thematisiert. U. verwies nur kurz auf die diesbezügliche Spaltung der US-Linken und die Politik von Trump und Biden.

4. Treffen im Sommer.

Thema des Treffens soll die Formulierung eines gemeinsamen Textes („ein Statement“) zur Bundestagswahl werden. Wir würden uns dann nicht mehr nur als Theoretiker treffen, die gewisse gemeinsame Themen haben, auch nicht als Partei, sondern [wir würden] ein Statement zu einer **entscheidenden Entwicklung in der Geschichte der Bundesrepublik** verfassen.

Es soll dabei keineswegs um eine Wahlempfehlung gehen, sondern um eine Einordnung dessen, was droht. **Leitstrahl soll die Marxsche Formulierung von der „foreign policy der working class“ sein.** U. möchte das Gewicht eher auf die Außenpolitik legen. Einig waren wir uns, **dass mit R-R-G der Übergang in eine neue geopolitische Umlaufbahn droht.** Inwieweit die wichtigsten innenpolitischen Themen (Klimaschutz, Wirtschaftspolitik, Identitätspolitik, Sozialpolitik und insbesondere Wohnungs- und Rentenpolitik) zu thematisieren sind, haben wir nicht weiter diskutiert. Hinsichtlich der *foreign policy* des Proletariats haben wir kurz Probleme hinsichtlich des Formwandels des Proletariats angesprochen, wobei der Marxsche Begriff des (globalen) Gesamtarbeiters zu betonen wäre. Bei aller inneren Differenzierung des Proletariats kann u.E. festgehalten werden, dass es aktuell entweder einen direkten oder indirekten Angriffs- oder Verteidigungskrieg für die politischen Voraussetzungen seiner Selbstbefreiung, das „Terrain für den Kampf um seine revolutionäre Emanzipation“(MEW 7: S. 18) führt. Dies schien uns die (abstrakte) Gemeinsamkeit zwischen den deutschen Arbeitern und den Arbeitern und Bauern in Myanmar, Belarus und der Ukraine zu sein. [...]

★★



**U an ALLE (03.07.2021)**

Lieber M. und Ihr LIeben, welchen Reim ich mir aus Deinem/Eurem beredten, oder gar empörten Schweigen als Reaktion auf meine letzte Mail machen soll, bzw. ob und wie wir bei der knapper werdenden Zeit unser geplantes Arbeitstreffen (AT) vorbereiten sollen, würde ich jetzt gerne wissen, damit ich mich auf zu erwartende Einwände oder gar ein „Parteiausschlußverfahren“ ‚einstimmen‘ kann. Aber vielleicht sind all diese Vermutungen nur das Produkt der durch monatelange Isolation überreizten Phantasie, und Ihr liegt irgendwo am Strand eines blauen Meeres, um Euren Jahresurlaub zu genießen und alles andere zu vergessen, politisch fragwürdige E-Mails inklusive. Für mich zweifellos die freundlicher stimmende Perspektive. Stünde aber ein „Parteiausschlußverfahren“ an, hielte ich es für sinnvoll, unser AT auf den geplanten alternativen Termin im August zu verschieben und unser Treffen im Juli ausfallen zu lassen. Diese Entscheidung würde ich Euch überlassen.

Revolutionäre Grüße

U.

★★

**Ms an U (03.07.2021)**

Hallo U.,

die Idee, es erwarte Dich irgendeine Form eines „Parteiausschlussverfahrens“ ist natürlich vollkommener Käse. Aber es ist verständlich, dass Du Dich fragst, was eigentlich los ist, wenn auf Deine Mails keine Antworten zurückkommen. Deine letzte E-Mail hat mich jedenfalls überhaupt nicht empört.

Leider liege ich zurzeit nicht am Strand, sondern habe im Gegenteil viel um die Ohren und weiß daher nicht so recht, wo ich den Termin diesen Sommer unterbringen kann. [...] Sich [im August] hier 1½ bis 2 Tage rauszusuchen, würde für mich gehen.

★★

**M an U (04.07.2021)**

Lieber U.,

der Grund meiner ausbleibenden Reaktion ist, dass ich die letzten Wochen und Monate [wenig Zeit hatte]. Hätte ich Zeit gehabt, hätte ich Deiner letzten E-Mail allerdings in nahezu allen Punkten widersprochen

Grüße,  
M.

★★

**U an M + ALLE (04.07.2021)**

Lieber M., es haben alle bis auf [zwei] das „elektronische“ Wochenende [...] bestätigt. Dann sollten wir das auch machen. Spontan habe ich Schwierigkeiten mit einem konkreten Thema, obwohl ich eine Menge Themen „auf Lager“ hätte (so z.B. das Buch von S. Wagenknecht, mit dem ich fast durch bin und es ganz reizend finde, daß sie so viel von pM abgeschrieben hat). Soweit ich mich erinnere, hatte ich ursprünglich vorgeschlagen, an einer politischen Erklärung anläßlich der nächsten BT-Wahl zu arbeiten, ich weiß aber gar nicht, ob Ihr das überhaupt wollt. Vielleicht machen wir erst mal nur nach der langen ‚Denk-Pause‘,

die seit unserem letzten AT eingetreten ist, ein brainstorming und bleiben bei dem, was wir bisher gemacht haben: Texte und Zeitungsmeldungen austauschen und darüber diskutieren. Ich hätte auf jeden Fall zu mehr Lust. Aber das ist Eure Entscheidung.

Grüße

U.

P.S.: Ein physisches Treffen im August fänd ich natürlich toll, vermute aber, daß wir dann die 4. Welle mit einer gefährlicheren Mutante haben werden, sodaß ich wahrscheinlich die Füße werde stillhalten müssen.

★★

**M an U (06.07.2021)**

Lieber U.,

ich fand die Idee mit der „politischen Erklärung“ eigentlich ziemlich gut. Ein Austausch wäre für mich nur die zweite Wahl. Was der August bringt, werden wir sehen.

Grüße,

M.

★★

**U an M (06.07.2021)**

Lieber M., dann laß uns im bewährten brainstorming einen Entwurf stricken und ihn der Redaktion vorlegen. Den Termin kannst Du bestimmen.

Grüße

U.

★★

**M an U (14.07.2021)**

Mit einem Tag Verspätung schicke ich Dir den Vorschlag zur Gliederung. [...]

Grüße,

M.

Als Thema für unsere Videokonferenz am 24. und 25. Juli schlagen Ulrich und ich – Euer Einverständnis vorausgesetzt – die Erarbeitung eines „Statements“ des CCB anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl vor. Der Arbeitstitel könnte lauten: „Die Bundestagswahl und der neue Kalte (Klassen)Krieg“. Auch wenn die derzeitigen Umfragen nicht daraufhin deuten, so handelt es sich außenpolitisch um eine Richtungswahl und damit eine entscheidende Entwicklung in der Geschichte der Bundesrepublik. Es soll, wie bereits erwähnt, dabei keineswegs um eine Wahlempfehlung gehen, sondern um eine Einordnung dessen, was droht. Leitstrahl soll die Marxsche Formulierung von der „foreign policy der working class“ sein. Mit R-R-G droht der Übergang in eine neue geopolitische Umlaufbahn, eine von der CDU geführte Regierung wird vermutlich versuchen, die bisherige Außenpolitik fortzuführen. Zur Orientierung und Vorbereitung stellen wir die folgende vorläufige Gliederung zur Diskussion. Sie sieht folgende Abschnitte vor:

**1. Sarah Wagenknechts nationaler Sozialismus**

U. hat hierzu bereits einen Entwurf verfasst, den er auf dem Treffen vortragen könnte.

## **2. Die Konkurrenz der nationalen Gesamtkapitale auf dem Weltmarkt und die künftige außenpolitische Orientierung Deutschlands**

Angedacht ist hier ein Überblick über die zur Wahl stehenden außenpolitischen Optionen und die ökonomischen Grundlagen dieser. Dabei soll die Abhängigkeit der deutschen Ökonomie von China, der sich zuspitzende Konflikt zwischen den USA und China, die zunehmend aggressivere Innen- und Außenpolitik Xi Jinpings sowie die (nicht nur) unter Linken weitverbreitete Ansicht von einem „unaufhaltsamen Aufstieg“ Chinas betrachtet werden.

Weitere außenpolitische Themen (Ukraine, Iran, Naher Osten, Belarus...) wären sicher sinnvoll.

(Grau = weglassen und auf dem Treffen skizzieren?)

Annalena Baerbock hat sich als einzige Kanzlerkandidatin für eine härtere Gangart gegenüber Russland und China ausgesprochen, während Armin Laschet außenpolitisch sehr wahrscheinlich den Kurs von Angela Merkel weiterführen wird. Selbst der als Kanzlerkandidat der CDU gescheiterte Transatlantiker Norbert Röttgen, der innerhalb der Partei am deutlichsten Position gegen Putins Aggressionspolitik bezieht, hatte angesichts der Niederschlagung der Hongkonger Protestbewegung Sanktionen gegenüber China abgelehnt. Bei aller Kritik fallen seine Äußerungen zur Außenpolitik gegenüber China im Vergleich zu Russland stets auffallend milde aus. Die SPD steht tendenziell für eine Appeasementpolitik gegenüber Putins Russland und verfolgt mehrheitlich den von Egon Bahr formulierten Grundsatz der Neuen Ostpolitik „Wandel durch Annäherung“. Darüber hinaus finden sich in der SPD auch viele Befürworter einer national eigenständigen, von der Westbindung gelösten und auf ein eurasisches Bündnis mit Russland und China zielenden Außenpolitik. In der FDP sind sowohl Anhänger der Fortführung Politik des „Wandels durch Annäherung“ als auch zaghafte Kritiker der zunehmend aggressiven Politik der KPCh und Russlands vorhanden. „Die Linke“ und die AfD können – wie viele andere Parteien am rechten und linken Rand in der EU – als außenpolitische Werkzeuge des Kreml betrachtet werden. Die in der „Linken“ zuletzt aufgetretene Kritik an der zu starken Orientierung an Russland muss als marginal, abstrakt und damit folgenlos oder lediglich eine Feigenblatt-Funktion erfüllend eingeschätzt werden.

Die ökonomische Grundlage dieser außenpolitischen Grundausrichtungen innerhalb des deutschen Parteienspektrums wäre zu umreißen. Was die deutsche China-Politik betrifft, so ist auf die Bedeutung des deutsch-chinesischen Außenhandels zu verweisen, der sich in den letzten zwanzig Jahren (2000-2018) nahezu verzehnfacht hat (von 19,7 Mrd. auf 184,4 Mrd. US-Dollar). 2020 war China dem Statistischen Bundesamt zufolge zum fünften Mal der wichtigste Exportpartner

(Summe der Exporte und Importe) Deutschlands. Der wichtigste Abnehmer deutscher Waren blieben die USA (2020: 103,8 Mrd. Euro), dicht gefolgt von China (95,9 Mrd. Euro) und Frankreich (90,8 Mrd. Euro). In der EU ist es vor allem das deutsche Kapital, das von den Exporten nach China immer abhängiger geworden ist. Besonders deutlich wird dies am Anteil der in China verkauften Personenkraftwagen am Gesamtabsatz deutscher Automobilhersteller. Vor zehn Jahren betrug dieser Anteil dem statistischen Bundesamt zufolge 24 Prozent. Seitdem ist er nahezu jährlich gestiegen und lag im ersten Quartal 2021 bei 40,6 Prozent. Volkswagen, der größte deutsche Autohersteller, verkauft mittlerweile sogar 44 Prozent seiner Fahrzeuge auf dem chinesischen Markt. Lag der Anteil vor der Corona-Krise mehrere Jahre lang bei 38-39 Prozent, so stieg er ab 2020 auf 43 bzw. 44 Prozent. Mit der Gesamt-EU erzielte China 2018 einen Handelsbilanzüberschuss von 140 Mrd. US-Dollar, während Deutschland im selben Jahr, vor allem aufgrund der Exporte der Maschinen- und Anlagenbauer – einen Handelsbilanzüberschuss gegenüber China von 28 Mrd. US-Dollar aufwies. Frankreich hingegen hat mit China eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz. Mit der von Xi Jinping betriebenen Fokussierung auf die Entwicklung des chinesischen Marktes und der damit einhergehenden teilweisen Abkoppelung der chinesischen Ökonomie vom Weltmarkt, wird der Druck auf die deutschen Exporteure und damit die deutsche Außenpolitik größer.

Die KPCh, linke Bourgeoisozialisten und nicht unerhebliche Teile des deutschen Kapitals behaupten, dass die amerikanische Ökonomie ihre Rolle als „Demiurg des bürgerlichen Kosmos“ in naher Zukunft verlieren und von China abgelöst werden wird. Parallel dazu werden die USA ihre Rolle als Hegemon und Weltpolizist immer weiter verlieren. An ihre Stelle werde eine multilaterale Weltordnung treten. Heribert Dieter hat die Behauptung, dass Chinas ökonomischer und politischer Aufstieg unaufhaltsam sei und die deutsche Außenpolitik diesem Aufstieg realistischere Rechnung tragen müsse, in seinem kürzlich erschienen Buch „Chinas neuer Langer Marsch“ in Zweifel gezogen. Die zunehmend aggressive Außenpolitik Chinas sei gerade der Schwäche der chinesischen Ökonomie und damit der fragilen Herrschaft der KPCh geschuldet. Weltweit habe sie dazu geführt, dass sich Regierungen, die zuvor china-freundlich eingestellt waren, mehr von China abwenden und regionale Bündnisse gegen Peking schmieden oder beitreten. [Die ökonomische Schwäche Chinas macht Dieter an einer Reihe von Indikatoren fest. Aufgrund der Lohnsteigerungen, die die KPCh aufgrund des wachsenden Drucks der chinesischen Arbeiterklasse zulassen musste, seien die chinesischen Lohnstückkosten in vielen Branchen nicht mehr konkurrenzfähig. Die ausländischen Direktinvestitionen nach China haben – auch wegen zunehmender Sorge vor einem Verbot der Repatriierung von aus ausländischen Investitionen – in den letzten Jahren abgenommen. Es zeichne sich, so Dieter, eine stille und allmähliche Produktionsverlagerung von China ab. Drei Punkte sorgten auf Seiten der westlichen Politik und Kapitale für eine zunehmende Abwendung von China. Erstens setze sich zunehmend die Auffassung durch, dass westliche Unternehmen bloß Technologieträger seien. Die Kooperation chinesischer Unternehmen mit westlichen Unternehmen dauere solange, bis chinesische

Unternehmen die Technologie kopiert haben. Zweitens wird die Ungleichbehandlung der Kapitale kritisiert. Chinesische Unternehmen können in den meisten OECD-Ländern Firmen übernehmen, während westlichen Kapitalen in China nur Minderheitenbeteiligungen gestattet sind. Drittens nimmt vor dem Hintergrund der „Made in China 2025“-Strategie die Sorge zu, dass Deutschland seine technologische Führungsposition verlieren könne. Daher sei in allen Industrieländern eine Tendenz der verschärften Prüfung und des Verbots chinesischer Direktinvestitionen zu beobachten. Die Einsicht, dass in China keine deutliche Trennlinie zwischen privaten und staatlichen Unternehmen gezogen werden kann, setze sich durch. Formal private Investoren im Ausland scheinen zunehmend im Interesse des chinesischen Staates zu handeln.

Das bei den westlichen Kapitalen und Beobachtern Chinas oftmals Bewunderung hervorrufende Wachstum der chinesischen Wirtschaft in den vergangenen knapp dreieinhalb Jahrzehnten sei wesentlich quantitativer Natur gewesen, beruhte also mehr auf der quantitativen Steigerung des Einsatzes – wie die Vulgärökonomien sich fetischistisch ausdrücken – der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (60 Prozent) als auf der Steigerung der Produktivkraft menschlicher Arbeit (40%). Dies führe zwangsläufig auf lange Sicht zu sinkenden Profiten, sei also kein nachhaltiges Wachstum. Auffallend schwach sei die Entwicklung der Produktivität in China. Treiber ihrer Entwicklung seien vor allem die ausländischen Direktinvestitionen gewesen. Im Durchschnitt sei die verarbeitende Industrie in China gegenüber der us-amerikanischen immer noch viel unproduktiver. Daran habe sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten überraschend wenig geändert. Als Gründe für die niedrige Produktivität der chinesischen Ökonomie identifiziert Dieter erstens das Wohnsitzkontrollsystem, das die freie Bewegung der Arbeitskräfte einschränkt (und damit u.a. auch den Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate verlangsamt (Vgl. MEW 25, S. 206)), zweitens das Finanzsystem mit dominanten staatlichen Banken, die Kredite bevorzugt an Staatsbetriebe vergeben, weil diese weniger riskante Geschäfte eingehen. Der bourgeoissozialistische Imperativ, das Kapital ohne Risiko zu entwickeln, führt hier also zur Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte, die auf der Basis des Kapitalverhältnisses am freiesten durch Pleiten, Krisen und Revolutionen erfolgt. Die wachsende Kontrolle der KPCh über die chinesischen Betriebe wird durch eine niedrige Produktivität und daher ein auf längere Sicht sich abschwächendes Wirtschaftswachstum erkaufte. Drittens, das Problem des sinkenden Arbeitskräftepotenzials aufgrund der demografischen Entwicklung Chinas, das durch gestiegene Löhne und nur langsam wachsende Produktivität (bereits 2014 lagen die chinesischen Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie nur noch um 5 Prozent unter den us-amerikanischen) verschärft wird. Die KPCh versucht seit Jahrzehnten durch massive Investitionen in den Bildungsbereich die Produktivität der chinesischen Arbeiter zu erhöhen, ohne damit jedoch bislang – der OECD zufolge – Erfolg gehabt zu haben. Ein viertes Problem stellt die enorme Verschuldung 1. der privaten und staatlichen Unternehmen, 2. der privaten Haushalte und 3. des chinesischen Staates dar. Seit 2008 wächst die Gesamtverschuldung Chinas stärker als die

Wirtschaftsleistung. Der größte Teil der Schulden beläuft sich auf die Landeswährung Yuan. Im internationalen Vergleich bewegt sich China zwar im oberen Mittelfeld, allerdings sind die Unternehmen, und dort die Staatsunternehmen besonders hoch verschuldet (2019: 15.000 Mrd. von insgesamt 16.800 Mrd. Dollar). Die Staatsunternehmen haben daher insgesamt Schulden, die das Achtfache der deutschen Staatsverschuldung betragen. Ende 2017 kamen sie der gesamten US-Staatsverschuldung von damals 20.500 Mrd. US-Dollar sehr nahe. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft seit der Krise 2008 beruht vor allem auf Krediten, weshalb die chinesische Regierung sich angesichts der Covid-19-Krise auch kein vergleichbares Konjunkturprogramm erlauben konnte. Der Autor konstatiert, dass kaum jemand den von der chinesischen Regierung veröffentlichten Daten zum Wirtschaftswachstum noch Glauben schenke. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China lenke von den Ursachen der chinesischen Wirtschaftsmisere ab. Trump reklamierte für sich, mit seiner Handelspolitik China wirtschaftlich geschwächt zu haben, während die KPCh die USA zur Ursache wirtschaftlicher Schwierigkeiten erklärten. Beide lägen falsch. Der Handelskonflikt verschärfe lediglich eine vorhandene Tendenz. Diese zeige sich am abnehmenden Interesse ausländischer Investoren. Seit nunmehr drei Jahrzehnten sinke er. Der Autor argumentiert hier, dass der Anteil der ausländischen Investitionen am BIP sinkt, was jedoch auch am wachsenden BIP liegen kann. Die Investoren schreckten nicht nur steigende Löhne, sondern auch die bedrohliche Überschuldung des Landes ab. Hinzu kämen der Zwang zu Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen, der Diebstahl geistigen Eigentums, erzwungener Technologietransfer und der zuletzt weiter gewachsene Einfluss der KPCh in den Unternehmen. Die Achillesferse der chinesischen Wirtschaft stelle jedoch der Finanzsektor dar. Die impliziten Garantien des Staates hätten zu den heutigen Risiken und zur Aufblähung der Verschuldung beigetragen. Im Finanzsektor herrsche eine hohe Risikobereitschaft, die durch folgende Faktoren erzeugt werde: 1. Durch die politisch bedingte Scheu der Finanzinstitute, Kleinanlegern Verluste zuzumuten. 2. Durch die Erwartung, dass die Regierung Schulden staatlicher Unternehmen und lokaler Verwaltungen übernehme. 3. Durch die permanente Anstrengungen des chinesischen Staates, Aktien- und Anleihemärkte in volatilen Phasen zu stützen. 4. Durch die Schutzmechanismen für die Finanzinstitute selbst. Der Autor zitiert aus einem Arbeitspapier zweier Ökonomen von 2018, wonach in 43 Staaten, in denen innerhalb von fünf Jahren das Verhältnis von Krediten zum BIP um mehr als 30 Prozent anstieg, es in 38 Fällen zu einer Krise kam. Stieg das Verhältnis auf über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung, kam es in allen Fällen zur Krise. In China wird die Staatsverschuldung 2021 dem IWF zufolge 88 Prozent des BIP erreichen. Berücksichtigt man die risikogewichteten Schulden der Staatsbetriebe, werden die Schulden des chinesischen Staates 2021 auf über 115 Prozent des BIP steigen. Der gesamte chinesische Unternehmenssektor war 2016 der weltweit am höchsten verschuldete. Sicher handelt es sich bei solchen empirischen Untersuchungen nicht um kausale Analysen, dennoch ist interessant, dass es keinen Fall gibt, in dem ein so sehr wie in China über Kredite finanziertes Wachstum nicht zu einer Krise geführt hat. Eine Eigenart des chinesischen Kreditensystems ist seine

vergleichsweise geringe internationale Verflechtung. Der *Economist* prognostiziert, dass bei weiter abnehmenden Währungsreserven der Regierung die Schulden Chinas 2022 diese Reserven übersteigen könnten.

Die Staatsunternehmen haben an Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas verloren. Heute liegt ihr Beitrag zur Gesamtbeschäftigung und zum BIP bei 15 bis 20 Prozent. Anfang der Jahrtausendwende lagen sie noch bei über 40 Prozent. Der Anteil der Staatsbetriebe an der Verschuldung ist aber überproportional hoch. Ihre Verschuldung ist im Grunde eine Verschuldung des Staates. Das kreditfinanzierte Wachstum der letzten Jahre hat die Überproduktion, vor allem in der Stahl-, Zement- und Energieerzeugung noch vergrößert. Aufgrund der Leichtigkeit, mit der Staatsbetriebe Kredite erhalten, wurde ohne Rücksicht auf Rentabilität investiert. Staatsbetriebe verdrängen nicht nur Privatunternehmen auf den Kreditmärkten, sie weisen auch wachsende Verluste auf. Die Verluste von Staatsunternehmen betragen 2016 43,3 Prozent der Gewinne der Staatsunternehmen, was gegenüber 2005 eine Verdoppelung darstellt. Diese Entwicklung gleicht der der sozialistischen Volkswirtschaften. Um Wachstum und Beschäftigung zu erzielen, verschulden sich die Staatsbetriebe. Der Kapitalverkehr ist in China stark beschränkt, was eine Diversifikation von Anlagen (die Mobilität des Kapitals) beschränkt. Die Verschuldung ist vermutlich aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Systems Chinas noch größer. Die Lokalregierungen dürfen sich nicht verschulden, umgehen dieses Verbot jedoch mit stillschweigender Billigung der Zentralregierung. (Aus Zeitgründen habe ich die weitere Zusammenfassung der kommentierten Argumentation Dieters hier abgebrochen.)

Neben dem „Weiter so“ stehen außenpolitisch ein Bündnis der EU mit den USA und anderen westlichen kapitalistischen Demokratien gegen das von China und Russland angeführte Lager der Konterrevolution und ein „eurasisches Bündnis“ gegen die USA zur Wahl. Auf die strategischen Widersprüche im Lager der Konterrevolution, insbesondere zwischen Russland und China müssten wir hinweisen

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China wird von Dieter so eingeschätzt, dass die us-amerikanische Außenpolitik parteiübergreifend begriffen hätte, dass eine friedliche Koexistenz mit dem chinesischen Staatskapitalismus nicht möglich ist. Ihre langfristige Strategie ziele daher auf die Zerschlagung des chinesischen Staatskapitalismus.

### **3. Lage in Deutschland. Insbesondere: Bundeswehr und Verteidigungspolitik**

Lage in Deutschland – nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch und strategisch. Militärisch geht es um den Zustand der Bundeswehr, die zur Landesverteidigung nur eingeschränkt in der Lage ist. Hier wäre einzugehen auf den Streit um die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen sowie die weitere Bereitstellung der Fähigkeit zur „nuklearen Teilhabe“, die veraltete, insbesondere zur Drohnenabwehr unfähige Luftabwehr und die Unterwanderung der Bundeswehr (und anderer bewaffneter staatlicher Formationen) durch neofaschistische, häufig pro-putinisti-

sche Gruppen („Nordkreuz“, KSK etc.).

Die „Linke“ will auch die militärische Verteidigung der politischen Voraussetzungen der Selbstbefreiung des Proletariats, das „Terrain für den Kampf um seine revolutionäre Emanzipation“(MEW 7: S. 18) dem Ausbau des „Sozialstaates“ (soziale Demagogie: „Es fehlt Geld in Schulen und Krankenhäusern, weil die Bundeswehr...“) opfern. Außenpolitisch strebt sie einen Austritt aus der NATO an, was bedeutet, dass der militärische „Schutz“ Deutschlands Putins Russland anvertraut werden müsste. Die AfD strebt ebenfalls eine Annäherung an Russland, allerdings offiziell keinen Austritt aus der NATO an. Diese solle aber bloß als „Verteidigungsbündnis“ fungieren, also die Ukraine und andere, als traditionell Russlands Einfluss unterworfenen Länder, diesem zum Fraß vorwerfen. Putin spielt also auch hier mit zwei Blättern, der AfD und der „Linken“, deren Identität und Todfeindschaft sich seit 1918 immer wieder gezeigt hat.

Hier existieren hier noch größere Lücken. Weitere Themen wären zu bestimmen.

#### 4. „Partei Marx“

Was haben die Parteigänger der „Partei Marx“ zu all diesen Entwicklungen sagen?

★★

#### **U an M (08.07.21)**

Hi M., ich schicke Dir ein Paper, einen groben Entwurf, aus dem ich gleich vortragen will, falls wir das wollen.

Gruß

U.

Anhang:

...als der Knoten geplatzt ist – anlässlich der Lektüre von Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten (S. 252 ff.).<sup>19</sup>

★★

#### **U an ALLE (19.07.2021)**

An ALLE, der Text, den ich heute Mittag verschickt habe, ist aus Exzerpten zu SW.s Buch entstanden und hatte ursprünglich als Diskussionsgrundlage für mein Gespräch mit M. gedient, das wir in Vorbereitung auf unser geplantes AT geführt haben; dieser hatte in der Zwischenzeit der bei seiner ergänzenden Ausarbeitung ein gewisses Eigenleben entwickelt, wird aber trotz seines impressionistischen Charakters zur Einstimmung für unser AT nützlich sein. Ich gehe davon aus, daß wir beide Tage am Wochenende nutzen werden und schlage entgegen meiner ursprünglichen Absicht für den Sonntag einen Vortrag vor, in dem versuche werde, eine Antwort auf die unter 4. in M.s Diskussionsprotokoll gestellte Frage zum Thema „Partei Marx“ zu skizzieren,<sup>20</sup> während ich für den Samstag M.s Protokoll und meinen Text ("Der Knoten...") als Thema vorschlage. Schreibt bitte, ob Ihr mit der TO einverstanden seid und/oder

<sup>19</sup> Ulrich Knaut: *Der Knoten ist geplatzt*. Brainstorming zur Lektüre von Sahra Wagenknechts *Die Selbstgerechten* vorgetragen auf dem AT von partei Marx und Communist Correspondence Blog. [communistcorrespondence.com](http://communistcorrespondence.com)

<sup>20</sup> Ders.: Die Partei Marx auf ihrem Weg vom kleinen p zum großen P. [communistcorrespondence.com](http://communistcorrespondence.com)





talog von Regierung und Opposition nicht durch weitere Forderungen erweitern und ergänzen, sondern bereits bestehende Forderungen von Regierung und Opposition hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit, Notwendigkeit und Durchführbarkeit kritisieren und reflektieren.

Das Dilemma bei der Aufstellung positiver Forderungen zeigte sich z.B. in dem Dualismus zwischen Arbeiterregierung in Mitteldeutschland einerseits und dem sog. Hamburger Aufstand der putschenden KP Anfang der 20er Jahre [des 20. Jahrhunderts]. Das Gefangensein in einer solchen ‚Dialektik‘ im Widerstreit zwischen der Regierungsübernahme einerseits und dem Regierungssturz durch eine putschende proletarische Minderheit entstünde auch als Dauerzustand durch die Aufstellung positiver Forderungen und entspräche nicht unserem gegenwärtigen Status als Theorie-Zirkel und machte ihn eher, falls er Parteicharakter annähme, zum allgemeinen Gespött seiner Kritiker. Kritische Forderungen sind nicht unmittelbar an die Regierung gerichtet; sie richten sich in der konkreten Situation an die Gesellschaft und laufen auf die Veränderung der jeweils herrschenden Verhältnisse, seien sie ökonomischer, politischer und sogar moralischer Natur, im Sinne des zwar nicht aktuell, aber potentiell existierenden Proletariats, hinaus.

Ein gelungenes Beispiel:

Ein gelungenes Beispiel für die Aufstellung kritischer Forderungen ist der Punkt 3 im Gesprächsprotokoll: 3. Lage in Deutschland. Insbesondere: Bundeswehr und Verteidigungspolitik.<sup>22</sup> Lediglich im letzten Satz würde ich die Formulierung »**deren Identität und Todfeindschaft**« durch »**deren Identität in ihrer Todfeindschaft**« usw. ersetzen und einen historischen Hinweis auf die Interessenidentität zwischen Freikorps und sowjetischer Regierung Anfang der 20er Jahre hinzufügen.

Die Umwandlung positiver in kritische Forderungen stellt sich [...] auch hinsichtlich [von Forderungen wie]:

- der Rücknahme der Verbreitung des Genderismus in Behörden und staatlichen Institutionen
- der Revision der Rechtschreib-Reformen bis auf wenige rational begründete Änderungen
- der Diversifizierung der Energiewirtschaft und Wiederaufnahme der Endlagersuche, die fahrlässigerweise eingestellt wurde
- und s.o. des Wiederaufbaus der Bundeswehr zu einer kampffähigen Verteidigungsarmee u.a.m.

Mir ist klar, daß das keine leichte Aufgabe ist, aber ‚wir werden das (bestimmt) schaffen!‘.

★★

### **U an R (12.08.2021)**

Hallo R., ich schicke Dir meinen Vortrag vom letzten Arbeitstreffen von pM und CCB.<sup>23</sup> (Siehe Anhang) Ich beschäftige mich momentan mit Sahra Wagenknechts *Die Selbstgerechten*. Falls Du das Buch gelesen haben solltest (und auch darüber hinaus) wäre meine Frage an Dich, [...] was zu SW.s Affinität zu

<sup>22</sup> Siehe oben: M an U (14.07.2021).

<sup>23</sup> Siehe Fn. 19.

Pikettys Neuestem Wälzer<sup>24</sup> und zu der immer wieder [von SW] positiv hervorgehobenen Freiburger Schule und allgemein über SW.s Ökonomie [hältst], einem Gebiet, auf dem sie Profi zu sein behauptet. Mich interessiert, wie Du aus meinem Vortrag entnehmen kannst, stärker die politische Seite, aus der ich mir gerade einen Reim zu machen versuche. [...].

Revolutionäre Grüße

U.

Anhang:

<https://www.parteimmarx.org/wp-content/uploads/2021/08/pM-2108-AT-1-2021-VON-DARWIN-ZU-PUTIN.pdf>

★★

**U an ALLE (20.08.21)**

Hi ALLE, Text<sup>25</sup> kommt leider etwas spät; notfalls könnte ich eine mündliche Zusammenfassung daraus vortragen.

Grüße

U.

★★

**F an U (30.08.2021)**

hallo, hier ist das protokoll von samstag.

vg f.<sup>26</sup>

★★

**M an U (27.09.2021)**

Lieber U.,

[...] Bei der Lektüre des von der Bundeszentrale für politische Bildung in Lizenz erschienenen „Handbuch Klimaschutz. Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel erreichen kann“ ist mir aufgefallen, dass alle Pläne, um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, eine internationale Kooperation zur Voraussetzung haben. Im Entwurf – der bislang 5 Seiten ohne das Eingehen auf die ‚chinesischen Verhältnisse‘ umfasst – schrieb ich dazu u.a.:

„Die zur Abwendung des Überschreitens der absoluten ökologischen Grenzen erforderliche internationale Kooperation der führenden kapitalistischen Staaten stößt nicht nur auf Hindernisse, die in der unterschiedlichen Beschaffenheit der kapitalistischen Ökonomien und ihren Wechselwirkungen auf dem Weltmarkt ihre Grundlage haben. Sie wird auch innenpolitisch und außenpolitisch durch Parteien und Regierungen absichtlich und strategisch untergraben.

Gerade Russland und China betreiben eine Politik, die gezielt die Institutionen des „Westens“ untergräbt und die Spaltung zwischen den verschiedenen Staaten verstärken soll. Innerhalb der EU und Deutsch-

<sup>24</sup> Thomas Piketty: *Ökonomie der Ungleichheit*. Eine Einführung, München 2020.

<sup>25</sup> Papers. Kommunismus. Materialien zum Arbeitstreffen von pM und ccb am 28.08.2021. parteimmarx.org

<sup>26</sup> Ebenda: 2.) Protokoll des Arbeitstreffens.

lands erweisen sich die Parteien der Rechten und Linken, Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht und „Die Linke“ auf der einen und die „AfD“ auf der anderen Seite gleichermaßen als ein Hindernis einer Begrenzung des Klimawandels. Die Klimaschutzbewegung klammert weitgehend die außen- und geopolitischen Implikationen einer Verwirklichung des 1,5-Grad-Ziels aus. Alle ihre Konzepte krankten daran, dass sie die internationale Kooperation bloß als nötig erkennen, nicht aber untersuchen, was dieser entgegensteht und ihre Forderungen mit den entsprechenden außenpolitischen Positionen zur Erhöhung der Chancen einer solchen Kooperation ergänzen. Solange die Klimaschutzbewegung jedoch eine national bornierte Politik betreibt, tendiert ihre Propaganda dazu, der Neuen Bourgeoisie zuzuarbeiten. Zudem ist der Effekt ihrer Propaganda begrenzt, weil sie ihre politisch mangelhaften Konzepte moralistisch ergänzen muss. Dem an sich richtigen Hinweis, dass der Anteil Deutschlands an den weltweiten Treibhausgas-Emissionen nur bei 2 Prozent liegt und daher die deutschen Bemühungen für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziel relativ unbedeutend sind, hält sie daher beispielsweise entgegen, dass der durchschnittliche Deutsche heute doppelt so viel CO<sub>2</sub> ausstößt als der Durchschnittsbürger der Welt. Zudem könne Deutschland eine Vorbildrolle innerhalb der EU, die immerhin für etwa 10 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen [verantwortlich ist], einnehmen und weitere EU-Staaten zum Mitmachen animieren. Vor allem würde die zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels erforderliche Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sich rechnen, zumal für die Nationen, die schnell umstellen, wenn nämlich die unvermeidlichen Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels mit den Kosten der Umstellung verglichen würden. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Kostenvorteile nur dann eintreten, wenn die Folgen nicht eintreten, also der Klimawandel begrenzt werden kann. Sollte es jedoch nicht klappen, den Klimawandel zu stoppen, dann ließen sich auch die Vorteile nicht mehr gegen die Nachteile aufrechnen und [es] entfielen der Rechtfertigungsgrund für die Klimaschutzinvestitionen. Der „Vorbildfunktion“ und der ‚moralischen Verpflichtung‘ gegenüber kann sich der platte Materialismus und Realismus der Rechten und Linken gleichermaßen aufspielen. Des Weiteren lässt sich durch keinen statistischen oder moralischen Kniff die Tatsache aus der Welt schaffen, dass ALLE Bemühungen, den Klimawandel aufzuhalten, davon abhängen, dass China seine Emissionen endlich reduziert. Ohne China wird der Klimawandel nicht aufgehalten – die KP wird das sicher als Druckmittel verwenden und sich Einsparungen bezahlen lassen. Xi hat letzte Woche – man könnte sagen, fast pünktlich zum Endspurt im Bundestagswahlkampf – versichert, dass China ab 2030 seine Emissionen reduzieren werde. Bis dahin werden sie aber noch weiter steigen. Die „Tagesschau“, die das dem deutschen Publikum berichtete, erwähnte nicht, dass ähnliche Absichtserklärungen bereits vor Jahren aus dem Mund von Xi zu hören waren. Immer folgte darauf eine Ausweitung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und immer blieben Xi und die KP-Führung konkrete Pläne der Umsetzung schuldig. Ganz abgesehen davon, dass der KP gerade das Wasser bis zum Halse steht und sie grundsätzlich wohl nicht in der Lage ist, die chinesische Ökonomie – Staats- und Privatbetriebe – (ökologisch) zu lenken. Diesen Punkt und den empirischen Beweis – dem die KP-Apologeten nur ihr blindes Vertrauen in die weise Führung und ein „in Zukunft wird alles ganz anders“ entgegensetzen können, wobei sie die bisherige ökologisch desaströse Entwicklung indirekt als von der KPCh gewollt zugeben müssen – konnte ich leider noch nicht ausarbeiten. Ebenso eine Darstellung, die von der Kritik der politischen Ökonomie ausgeht.

Das oben erwähnte „Handbuch“ bietet dafür zum Teil interessantes Material, etwa ein „Energieflussdiagramm“, das schön den gegenwärtigen deutschen „Energiefluss“, einen möglichen unter Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und die verschiedenen großen Abteilungen des Verbrauchs darstellt. Ich hatte die Idee, vom „produktiven Kapital“ und der „Bewegungsmaschinerie“ und ihrem Energieverbrauch auszugehen. Was das Wahlergebnis betrifft, so denke ich auch, dass wir etwas Zeit gewonnen haben. Die fast vollständige Ausklammerung der Außenpolitik in den Reaktionen in den diversen Runden gestern Abend lässt aber nichts Gutes erahnen. Auch denke ich, dass die Regierungsbildung etwas länger dauern könnte. Die „Grünen“, die eine „Ampel“ bevorzugen und die „FDP“, die „Jamaika“ bevorzugt, werden den Preis hochtreiben.

Soweit erstmal.

Grüße,

M.

★★

**U an F (27.09.2021)**

Hallo F., ich habe für „...der Knoten ist geplatzt“ einen längeren 'Aufmacher' geschrieben.<sup>27</sup> [...] Er ist noch aktueller geworden, weil sich Die Linke nach ihrer Wahlniederlage offenbar nach Sahara sehnt, was meine Einschätzung von ihrer besonderen Bedeutung nachträglich bestätigt. Im Süden von Leipzig hat Die Linke ihr drittes Direktmandat erneut gewonnen, was sie gerettet hat, weil sie in Berlin diesmal nur 2 Direktkandidaten durchgekriegt hat, aber den Sieg von dreien benötigt, um das Reißen der 5 % Hürde zu kompensieren.

Grüße

U.

★★

**U an M (30.09.2021)**

Lieber M.,

der Wahlkampf setzt sich als Hängepartie bei der Koalitionsfindung fort. Deine These, „...daß ALLE Bemühungen, den Klimawandel aufzuhalten, davon abhängen, dass China seine Emissionen endlich reduziert ... Ohne China wird der Klimawandel nicht aufgehalten – die KP wird das sicher als Druckmittel verwenden und sich Einsparungen bezahlen lassen...“,<sup>28</sup> teile ich. In diesem Sinn gehe ich davon aus, daß sich in Deutschland die Koalitionsfindung lange hinziehen und an der Frage scheitern könnte, wie die Bezahlung jener (Klima-)Einsparungen stattfinden soll? Durch Streichung der ‚Schwarzen Null‘? Damit wäre das von Scholz bei Merkel ausgeborgte Image des sparsamen Mehrheits-SPDlers, der seine Partei wie der Baron Münchhausen aus dem Sumpf der Zehn-Prozent-Partei hat aufsteigen lassen, verflogen. Übrig bliebe der Schaukampf zwischen USPD und NSDAP als Neuinszenierung des ehemaligen Ost-West-Konflikts, während die Fünf-Prozent-Minus-x-Linke ihr Heil allein bei Sahara und Oskar als KPD-WASG-Klon

<sup>27</sup> Ulrich Knaut: Der Knoten ist geplatzt. [communistcorrespondence.com](http://communistcorrespondence.com)

<sup>28</sup> M an U (27.09.2021).

wird suchen müssen. Und die Alte und die Neue Bourgeoisie? Werden beide Seiten friedlich unter den Klima-Gebetsformeln Annalena Baerbocks im gemeinsamen Klima-Kapitalismus miteinander verschmelzen? So wie es in China den Anschein hat? Was geschieht dann aber mit den Investoren an der Börse von Shanghai und HK? Werden die scheuen Rehe von der Wall Street dann die Flucht ergreifen? Flucht wohin? Die Weigerung der KPCh, „den Klimawandel aufzuhalten“, hat wegen der Verquickung des deutschen Kapitals mit dem chinesischen Markt unmittelbare Rückwirkungen auf die Verhältnisse in Deutschland und auf den von der künftigen Klima-Regierung ausgerufenen Klima-Kapitalismus, zu dessen Antipoden Sahra Wagenknecht und Björn Höcke werden. Liegt unser Weimar also dieses Mal in Beijing? Ich werde versuchen, meine erneute Durchforstung von SW.s Buch in einem Verriß zu bündeln. Noch nie war es so passend für die gegenwärtigen Verhältnisse wie gerade jetzt.

Es grüßt herzlich

U.

★★

### **U an M (25.10.2021)**

Hi M., hier ein erstes Resümee nach Abschluß meiner Lektüre von SW.s Buch. Ich schlage vor, Deine Mail und diese Antwort darauf an ALLE weiterzuleiten.

Grüße

U.

22.10.2021

Lieber M.,

ich habe die Durchforstung meiner Exzerpte zu SW.s Buch abgeschlossen und bin zu dem vorläufigen Schluß gekommen, daß das darin enthaltene Wahlprogramm der WASG auch über den Wahlabend hinaus relevant bleibt. Zwar ist RRG erst mal nicht zum Zuge gekommen. Aber das ist eine Frage der Zeit und ob sich Sahras und Oskars WASG-Programm in Der Linken durchsetzen wird. Was nach dem Wahldebakel mit den beiden links-putinistischen Spitzenkandidaten stark zu vermuten ist. Der Kampf ist jedenfalls eröffnet. Dieses Programm könnte aber auch SPD+USPD noch gute Dienste leisten, um die anti-totalitären, wenn auch politisch folgenlos bleibenden Lippenbekenntnisse der Nachfahren Joschka Fischers (Habeck zu Ukraine, Baerbock zu Nordstream 2) in der MSPD gar nicht erst zum Zuge kommen zu lassen. Das Wiedererstarken des großrussischen Panslawismus in Ost-Europa (Belarus und Balkan) wird heutzutage mit EU-Geldern und nicht mehr mit NATO-Bomben zugeschmissen. Aufhalten läßt sich der Panslawismus aber nicht, je stärker sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bemerkbar machen werden. In den Koalitionsverhandlungen geben die Liberalen die wohlmeinende Gouvernante, die dafür zu sorgen hat, daß die anti-kapitalistischen Schaumschlägereien und astronomischen Ausgabenprogramme der grünen Klima-Jugend nicht in den Himmel wachsen...

Früher oder später wird Shanghai, wie Du schreibst, von den Schmelzwässern der Gletscher und Pole überflutet werden; aber zunächst einmal muß Xi die Schulden-Flut der Wohnungsbau-Konglomerate in den Griff bekommen, entweder durch das Fluten von Geld aus der Staatsbank oder durch die Rückkehr

zum ‚Sozialismus‘ oder beides zugleich.

Betongeld, schrieb die FAZ, besitzt die fatale Nebenwirkung, daß bei der Betonherstellung riesige Mengen CO<sub>2</sub> frei werden. Wenn ich mir auf den Fotos die Betonwüsten in China anschau, scheinen deren Auswirkungen auf das Klima – nicht nur das Börsen-Klima – die Einschätzung der FAZ zu bestätigen. Wobei ich zugeben muß, daß ich von den chemischen Prozessen, die dafür verantwortlich sind, wie auch dem Börsengeschehen, nur äußerst schwach entwickelte Vorstellungen habe.

Für diesen Zielkonflikt bietet SW in ihrem Buch unter Anwendung der klassischen Methode: das Fell waschen, ohne es naß machen, vernünftig klingende (Schein-)Lösungen an, die wie gesagt, darauf basieren, daß ihre anti-kapitalistische Halb-Welt, wie der Mond, immer nur die eine, ihre ‚westliche‘ Seite zeigt. Wenn SW sich schließlich auch auf Marx bezieht (beruft? Das wohl eher nicht!), geschieht das, indem sie ihn unter die ökonomischen Klassiker einreihet (die bis zu den Ordo-Liberalen reichen) und sie es im Umkehrschluß der VWL überläßt, alle gesellschaftlichen und politischen Widersprüche darunter zu subsumieren, was sie durch ihre demonstrative Parteinahme für die Armen und Zukurzgekommenen und den Appell an unser soziales Gewissen geschickt zu kaschieren weiß. Dies im Sinne Lenins als Ökonomismus zu bezeichnen, wäre bei aller Kritik an Lenin wie Perlen unter die Säue werfen.

Mit der VWL als Ausgangspunkt hat SW kein Problem damit – obwohl das in ihre mondsüchtige Welt-Erklärung eigentlich nicht hineinpaßt –, dann auch die VRChina als einen unter vielen kapitalistischen Wettbewerber gegenüber dem Welt-Hegemon USA zu bestimmen; ein Schema, in das sich das völlig unterbelichtet bleibende Putinsche Rußland [noch] irgendwie einordnen läßt. Das alles unter der Voraussetzung, daß SW.s VWL im Grunde un-politisch und un-historisch bleibt.

Dort hinein gehört auch die ständig bemühte Metapher von der Geschichte als ‚Erzählung‘ oder ‚Narrativ‘, die sie von den postmodernen Geschichtsschreibern kolportiert. Nach der Einordnung von Marx unter die klassischen Ökonomen läßt sich schließlich auch die Unterschlagung der Mehrwert-Theorie ohne große Probleme verschmerzen und durch die gängigsten Gerechtigkeitsphrasen kompensieren.

Und schon sind wir bei Lassalles ‚gerechtem Lohn‘ und bei Bismarck und dem Gothaer Programm der Sozialdemokratischen Partei und damit bei dem politischen Kern des ganzen WASG-Schwindels angelangt.

In diesem Zusammenhang hätte die Wessi-Linke ihren Wutschrei, daß SW in ihrem Buch AfD-Positionen vertrete, dahingehend zurechtzurücken, daß sie selbst erst mal klar kriegen müßte, was die Bismarckische mit der völkischen Rechten gemein hat und was nicht, und ob und wie dann sich beide voneinander unterscheiden. Ein starkes Unterscheidungsmerkmal wäre z.B. der Antisemitismus eines Adolf Stoecker, den Bismarck [zwar] zur Stärkung seiner konservativen Parlamentsmehrheit gegen Sozialdemokratie und liberale Bourgeoisie einerseits politisch geduldet, ihn aber [andererseits] grundsätzlich abgelehnt hat,

worin sich der Bismarcksche Bonapartismus von dem Antisemitismus Wilhelms II., in dem der eliminatorische Antisemitismus bereits angelegt ist, politisch unterscheidet. Also: Lassalle und Bismarck spielen noch auf unserem Rasen; Stoecker und Höffe tun das nicht [mehr]!

Davon ausgehend erweisen sich für SW, wenn wir die ganze Suada der WASG-Sozialpolitik und die von ihr vorgeschlagene Wirtschaftspolitik durchdeklinieren, Lassalle und Bismarck als überaus geeignet für die von ihr vorgeschlagenen (Schein-)Lösungen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise; Widersprüche, die unter der kapitalistischen Produktionsweise bisher nur durch einen Weltkrieg und die damit verbundene absolute Kapitalvernichtung und -erneuerung gelöst wurden. Der Zweite Weltkrieg als Ausgangspunkt für den Take-Off in den von ihr glorifizierten Golden Fifties und die angeblichen Aufstiegsmöglichkeiten für die hard working people, die [angeblich] von den ‚68-ern‘ blockiert wurden, denen gegenüber Sahras Edel-Proletarier mit ihrem ‚Geht doch nach drüben‘ oder ‚Euch sollte man alle vergasen‘, immer ein freundliches Wort auf den Lippen hatten, [dies alles] wird von ihr mit keinem Wort erwähnt.

Die radikale Lösung der Weltwirtschaftskrise durch den Weltkrieg läßt sich aufschieben, aufheben läßt sie sich ohne proletarische Revolution nicht. Um sie aufzuschieben, können allerlei (Schein-)Lösungen wie auch die von SW vorgeschlagenen sich zunächst als ganz ‚vernünftig‘ erweisen. Aber wie hieß es bei Lenin: der Imperialismus wird den Krieg hervorrufen oder die Revolution wird ihn verhindern. Dieses Glaubensbekenntnis der Leninisten (einschließlich der DKP) klingt heute für uns überaus abstrakt, ist bei all seiner Abstraktheit jedoch nicht falsch, so unwahrscheinlich uns seine Konkretisierung auch erscheint. Und nicht ganz unbegründet beschleicht mich daher der Verdacht, daß durch den abstrakt bleibenden Konkretismus, mit dem von der Bourgeoisie und ihrer Klima-Jugend der Kampf gegen den Klimawandel beschworen wird, dafür von der Weltwirtschaftskrise abstrahiert wird, einschließlich des konkreten ökonomischen und politischen Zusammenhangs, in dem sich Klima- plus Weltwirtschaftskrise befinden. Genau das wird an der Entwicklung in China besonders deutlich.

Denn rein abstrakt ist völlig klar, daß nur der Kommunismus, soweit er sich (nicht nur in Worten) konkret an der Partei Marx orientiert, diese fatale Entwicklung, ohne Marx zum Propheten zu machen, aufhalten wird, aber: ...hätte..., hätte...! Die proletarische Welt-Revolution hat gegen all das ...Hätte..., Hätte... verkackt, die Konterrevolution das Proletariat besiegt und gleichzeitig die Welt an den Rand einer planetarischen Katastrophe getrieben, die allein der Marxsche Kommunismus (d.h. das, was wir rudimentär darunter zu verstehen meinen) hätte verhindern können; eine Katastrophe, die im Einvernehmen von Kapital und Marxisten rasant beschleunigt wird. Oder die Wissenschaft wird eines Tages feststellen, daß dieser Planet in naher Zukunft aus astronomischen Gründen so oder so nicht mehr zu retten ist? (Das Ewige Leben als religiöser Schwindel!) Abgesehen davon ist die Katastrophe grundsätzlich vermeidbar. Jedoch nicht, wenn wir uns an Scheinlösungen, wie den von Sahra Wagenknecht vorgeschlagenen orientieren.

Das alles riecht ein wenig nach ‚kommunistischem‘ Totalitarismus, der niemals auszuschließen ist. Um



dem von vornherein entgegenzuwirken, sollten wir mit unseren bescheidenen Mitteln (wenn auch nicht mit der bisherigen Ausschließlichkeit) zur Wertformanalyse zurückkehren und SW.s stille Voraussetzung, es gebe unter der kapitalistischen Produktionsweise so etwas wie einen ‚vernünftigen Kapitalismus‘, attackieren...

Mit revolutionären Grüßen

U.

★★

**U an GdS (10.11.2021)**

10.11.2021

Werte Freunde und Genossen von GdS,

der achtzigste Jahrestag des 22. Juni 1941 hatte laut Ankündigung mit einer gewaltigen Militär-Parade und einer atomaren Waffenschau in Moskau begangen werden sollen, womit das Putin-Regime eigentlich der Welt und speziell uns ‚westlichen‘ Europäern gegenüber den historischen Weltmachtanspruch des heutigen Rußland hatte demonstrieren wollen (und weniger den russischen Zeitungslesern, von denen solche Machtdemonstrationen für gewöhnlich als Palliativ gegen ihren Unmut über die sich zunehmend verschlechternden Lebensverhältnisse und die wachsende politische Repression interpretiert werden). Diese Waffenschau mußte bekanntlich wegen Corona abgesagt werden, was eigentlich zu bedauern ist, da solche Machtdemonstrationen auch dem aller-liberalsten ‚westlichen‘ Putin-Freund den empirealistischen Weltmachtanspruch des Neuen Zarentums vor Augen geführt hätte, der nun durch Mitleid erregen sollende Wackelbilder von der polnisch-weißrussischen Grenze den Europäern in homöopathischen Dosen verabreicht werden soll. In der dem 22.06.1941 gewidmeten GdS-Ausgabe (6-7/2021) wird die zunehmend positive Würdigung Stalins durch Putin von Euch mit keinem Wort erwähnt, während gleichzeitig ‚den Deutschen‘ kollektiv die Berechtigung abgesprochen wird (‚Deutschland, halt's Maul!‘), über die Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg ein Urteil abzugeben, weil dies zwangsläufig den National-Sozialisten in die Karten spielen würde. Wenn Ihr für die ungeheuerlichen Verbrechen, die die deutsche Bourgeoisie die National-Sozialisten in der Sowjetunion hat verüben lassen, heute ‚die Deutschen‘ kollektiv haftbar macht, mögt Ihr das mit ‚den Deutschen‘ ausmachen. Da Ihr aber deren Verurteilung auch im Namen des Marx- und Engelsschen Kommunismus ausspricht, müßt Ihr Euch gefallen lassen, daß Eure mit fast religiöser Inbrunst vorgetragenen Huldigungen an Stalin, was speziell seine Rolle im Zweiten Weltkrieg betrifft, bei den Parteigängern der Partei Marx (mit dem großen ‚P‘) auf heftigen Widerspruch stoßen werden. Gemessen an der materialistischen Geschichtsauffassung und der Politik der Partei Marx (und in diesem Fall auch derjenigen Lenins), hat Stalin nicht nur (wie es auf dem 20. Parteitag hieß) ‚Fehler gemacht‘ – er war der Fehler! Und das spätestens seit dem Jahr 1934, das für die Oktoberrevolution, oder was von ihr noch übrig geblieben war, zum Schicksalsjahr wurde, nachdem Stalin nach dem von der GPU inszenierten ‚Kirov-Mord‘ das Leninsche ZK weggeputscht, sich zum großrussischen Diktator über das Proletariat aufgeschwungen und seinen Leninismus endgültig zu Grabe getragen hatte. Dem Mythos von Stalin als demjenigen, der ‚Hitler das Genick gebrochen‘ habe, steht die



**R an U (18.11.2021)**

Hallo U.,

in der hiesigen Universitätsbibliothek lasse ich den Studenten den Vortritt und möchte diese nicht durch eine Reservierung in ihrem Eifer behindern. Der Piketty ist dauernd entliehen. Ich bleibe dran. Vorerst halte ich mich an das vermutlich zutreffende Urteil von Prof. Enfu Cheng (Interview: Fünfhundert Jahre Sozialismus aus chinesischer Sicht):

„So versucht bspw. der französische kleinbürgerliche Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem neuen Buch ‚Kapital und Ideologie‘, unterschiedliche soziale Formen und Arten von Sozialpolitik mit einer Evolution menschlicher Werte und mit Wertentscheidungen zu erklären.“

Immerhin habe ich diesen Wälzer schon einmal aus der Nähe gesehen und frage mich, ob der junge Mann soviel zu sagen hat wie er viel schreibt. Bei keiner seiner Vorschläge zur Kapitalismusverschönerung geht er über den altbekannten Proudhonismus und Sozialdemokratismus hinaus: kleine Einheiten gründen; Kapital schön an alle verteilen, dann macht es auch nix, daß  $r > g$ , die Kapitalrendite über das Wirtschaftswachstum hinausragt (man kann damit inzwischen die ganze Welt fünf- oder sechsmal kaufen?!?!?). Nun gut, der Bischoff Marx [= Joachim Bischoff] schreibt auch ein Buch über ‚Das Kapital‘. Vom ‚Kapital‘ reden oder sich auf Marx beziehen, heißt nicht schon, die Theorie von Karl Marx verstanden zu haben.

Womit wir bei S. Wagenknecht anlangen. Bis jetzt war noch kein Sozi in der Lage, die soziale Frage so zu formulieren, daß sich damit etwas anfangen ließe, abgesehen davon, daß eine soziale Frage anschließend auch noch theoretisch, konzeptionell, programmatisch und praktisch revolutionär zu beantworten wäre. Hier lag der große Vorzug von Lenin, wenn man sich wie üblich das 'quod' für das 'per' verkaufen läßt.

Amerikanische Wissenschaftler, Richard Rorty z.B., haben sehr wohl registriert, daß sich die vormaligen Lenin-Fans zumal nach der McCarthy-Hatz lieber in Bürgerrechtsbewegungen engagierten, welche gewiß in den 60ern gegen Rassismus, Angriffskriege etc. ihre Berechtigung hatten, aber eben keine soziale Frage mehr als Zentrum verstehen konnten. Sechzig Jahre später haben sich die Bürgerrechtsbewegungen ins Alberne verlaufen, was gleichwohl en vogue ist. Diese Horden linksliberaler Infantilisten können nun sämtliche staatsbürgerlichen Vereinigungen überschwemmen, was eine Gewähr dafür ist, daß in diesen keine relevanten Fragestellungen mehr aufkommen können und alle selbstgebastelten Katastrophen sich vollenden dürfen.

Das „natürliche Bewußtsein“ (Hegel) klebt an den Symptomen und kann diese leicht mit der je präferierten Wertrationalität verknüpfen, womit wir wieder beim südwestdeutschen Neukantianismus wären (Rickert, Scheler, Windelband, Simmel), also auch [der] Freiburger Schule.

Wenn also aus Karl Marx der John Rawls des neunzehnten Jahrhunderts gemacht wird, ein „Dutzendliberaler“ (Lenin), wenn ein „objektiver Geist“ (Hegel) bzw. eine „objektive Gedankenform“ (Marx) nicht mehr gedacht werden können, darf man in aller Naivität wieder fordern, „daß die Wirtschaft in allen Punkten und durchweg in den Dienst überwirtschaftlicher Werte gestellt werden muß, und daß im Konfliktfall diese überwirtschaftlichen Werte den Vorrang verdienen.“ (A. Rüstow)

Soweit meine Vorurteile über Texte, die ich (noch) nicht gelesen habe.

Gruß

R.

★★

### **U an H (15.12.2021)**

Lieber H., als ich jüngst die Pandemie-Karte in der FAZ mit [der Stadt X] in Tiefrot-schwarz erblickte, dachte ich daran, daß wir schon lange nichts mehr voneinander gehört haben. Ich hoffe, Du bist gesund geblieben. Dies besonders angesichts der Zukunftsaussichten auf die neue Virenvariante Omega, die sich angeblich noch schneller übertragen soll als alle vorherigen. Also melde Dich mal (telefonisch?). Ich würde mich sehr freuen.

Es gibt einen weiteren Grund, daß ich Dir diese Mail schreibe. Dieser lautet: B.H. Bayerlein. Kürzlich stieß ich auf ein Buch aus Mitte der 90er Jahre: *Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung*, in dem auch ein Aufsatz von Bayerlein abgedruckt ist (Einheitsfront- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus), den ich beim ersten Lesen als sehr inspirierend empfand (siehe Anhang<sup>29</sup>). Du hattest mir im Sommer mehrere Texte dieses Autors geschickt, auf die ich mich nicht eingelassen habe, weil ich mich auf die bevorstehende Bundestagswahl und in diesem Zusammenhang auf Sahra Wagenknechts *Die Selbstgerechten* eingelassen hatte. Auf dem *communist correspondence blog* findest Du das vorläufige Resultat meiner Bemühungen: den Versuch einer Klärung des Verhältnisses zwischen der Partei Marx mit dem großen P und kleinen p.<sup>30</sup> Die Bildung einer Rot-Grün-Roten Regierung ist noch nicht zustande gekommen. Aber der Weg in das Linke Nirwana hat sich bereits deutlich verkürzt, zumal da inzwischen in den Bundesländern weitere RRG-Regierungen am Ball sind (Berlin, MeVopo).

Im Anhang findest Du meine kommentierten Bayerlein Exzerpte + Thesen<sup>31</sup> und in einem zweiten Anhang den Scan vom Aufsatz. [...]

Mit revolutionären Grüßen

U.

★★

29 Bernhard H. Bayerlein: *Einheitsfront und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus*, in: Claudia Keller und literaturWERKstattberlin (Hg.), *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung*, 103-122.

30 Ulrich Knaudt: *Die Partei Marx auf ihrem Weg vom kleinen p zum großen P*. [communistcorrespondence.com](http://communistcorrespondence.com)

31 *parteiMarx Papers Reflexionen: Ein Brief zum Kommunismus plus Exzerpte und Thesen zu einem Aufsatz von Bernhard H. Bayerlein*; [parteimarx.org](http://parteimarx.org)

**U an R (15.12.2021)**

Hallo R., die Produktion des Textes, den ich Dir jetzt schicke, ist mit ein Grund dafür, daß ich Dir noch nicht ausführlich auf Deine lange Mail vom 18.11. geantwortet habe, für die ich mich erstmal ganz herzlich bedanke. Wichtiger als meine Randbemerkungen zu dem Aufsatz von Bayerlein sind meine Thesen im Anschluß an diese, in denen ich am Leninismus kein gutes Haar lasse, was natürlich letztlich auch auf Lenin zurückfällt. Gemessen an der Politik der Partei Marx mit dem großen ‚P‘ hat Lenin einige zwar verzeihliche, wenn auch entscheidende Irrtümer begangen, die auf seine Differenzen mit jener in der Einschätzung der frühen Volkstümler – einer von ihnen hat das KAPITAL ins Russische übersetzt - zurückgehen. Ich maße mir an, daraus in Anlehnung an Bayerleins Darstellung, was u.a. den Kurs der KPD betrifft, einige vom Linken Mainstream extrem ‚abweichende‘ *politische* Schlußfolgerungen zu ziehen. Glücklicherweise, die in revolutionären *und* konterrevolutionären Situationen keine Politik machen müssen. Das versöhnt mich mit dem revolutionären Genie Lenins, vor dem ich aber (schon gar nicht vor den Leninisten) nicht gleich in Ehrfurcht erstarren muß.

Ich bemühe mich, Deine Mail zügig zu beantworten.

Revolutionäre Grüße

U.

★★

**U an ALLE (15.12.2021)**

An ALLE: der Ernstfall kommt auf leisen Sohlen, ein Regierungswechsel, der einen Regimewechsel nicht unbedingt ausschließt. Ich habe großes Verständnis für die Sprachlosigkeit, mit der diesem Schauspiel zugeschaut wurde. Zumal ich selbst davon befallen war; eine Sprachlosigkeit kombiniert mit dem Blick des Kaninchens auf die Schlange!

Im Anhang<sup>32</sup>, die Exzerpte zu dem Text eines Autors, auf den mich letzten Sommer H. aufmerksam machte. Wer die Exzerpte nicht ganz so spannend findet, sollte zumindest die anschließenden Thesen lesen. Ich würde diese gerne auf unserem nächsten Arbeitstreffen, wenn Ihr damit einverstanden seid, vortragen.

Mit den klassischen Wünschen zum Jahreswechsel

grüßt Euch

U.

★★

---

32 Siehe Fn. 31.